Der Hitler-Stalin-Pakt 1939 in den Erinnerungskulturen der Europäer

Herausgegeben von Anna Kaminsky, Dietmar Müller und Stefan Troebst

Wallstein

Der Hitler-Stalin-Pakt 1939
in den Erinnerungskulturen der Europäer

Moderne Europäische Geschichte

Herausgegeben von Hannes Siegrist und Stefan Troebst
Band 1

Der Hitler-Stalin-Pakt 1939 in den Erinnerungskulturen der Europäer

Herausgegeben von
Anna Kaminsky, Dietmar Müller
und Stefan Troebst

Unter Mitarbeit von
Ines Keske

WALLSTEIN VERLAG

Gefördert mit Mitteln der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
Gedruckt mit Unterstützung des Geisteswissenschaftlichen Zentrums Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas e.V. an der Universität Leipzig

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbiliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

© Wallstein Verlag, Göttingen 2011
www.wallstein-verlag.de
Layout und Satz: Thomas Klemm, Atelier 313, Leipzig
Umschlaggestaltung: Susanne Gerhards, Düsseldorf
Umschlagabbildungen: Lettisches Okkupationsmuseum, Riga (vorne); BArch Bild 183-1990-1028-500 (hinten)

Druck und Verarbeitung: Hubert & Co, Göttingen
ISBN 978-3-8353-0937-1

Inhalt

Vorwort 9

Dietmar Müller / Stefan Troebst
Der Hitler-Stalin-Pakt 1939 in der europäischen Geschichte und Erinnerung. Eine Einführung 11

Dan Diner
Gegenläufige Gemeinsamkeiten. Der Pakt als Ereignis und Erinnerung 37

Der Erinnerungsort

Jan Lipinsky
Die Rezeptionsgeschichte des Hitler-Stalin-Pakts in Ostmitteleuropa (1939-1999) 49

Stefan Troebst
Der 23. August als euroatlantischer Gedenktag? Eine analytische Dokumentation 85

Die Signatarstaaten

Rolf Ahmann
Entstehung und Bedeutung des Hitler-Stalin Pakts im Rahmen der Außenpolitik und Kriegsbestrebungen Hitlers 1939 125

Jutta Scherrer
Der Molotow-Ribbentrop-Pakt – (k)ein Thema der russischen Öffentlichkeit und Schule? 155

Wolfram von Scheliha
Der Pakt und seine Fälscher. Der geschichtspolitische Machtkampf in Russland zum 70. Jahrestag des Hitler-Stalin-Pakts 175

Keiji Sato
Die Molotow-Ribbentrop-Kommission 1989 und die Souveränitätsansprüche post-sowjetischer sezessionistischer Territorien 199

Ostmittel- und Osteuropa

Krzysztof Ruchniewicz / Małgorzata Ruchniewicz
Der Hitler-Stalin-Pakt in der polnischen Geschichtspolitik und Erinnerungskultur 219

Elena Temper
Der 17. September 1939.
Tag der Wiedervereinigung des belarussischen Volkes?
Historiographie und Geschichtspolitik 239

Ines Keske / Thomas Klemm / Dietmar Müller
1939 – Pakt über Europa. Der Hitler-Stalin-Pakt in der Geschichte und Erinnerungskultur Ostmitteleuropas.
Auszüge der Ausstellung 257

Nordosteuropa

Karsten Brüggemann
Estland und das Ende der Sowjetunion: Der Hitler-Stalin-Pakt als baltischer Erinnerungsort für die »Singende Revolution«? 291

Katja Wezel
Lettland und der 23. August 1939: Vom »weißen Fleck« der sowjetischen Geschichtsschreibung zum transnationalen Gedenktag? 309

Arūnas Bubnys
Die »Entdeckung« des Molotow-Ribbentrop-Pakts und seine Deutung in der litauischen Presse und den Geschichtslehrbüchern 327

Michael Jonas
Zwischen Trauma und Identitätsressource: Der Hitler-Stalin-Pakt und seine Folgen in der finnischen Erinnerungskultur 339

Südosteuropa

Dietmar Müller
Von Moskau über Jalta nach Malta: Die Folgen des Hitler-Stalin-Pakts als Opferdiskurs in Rumänien 359

Vasile Dumbrava
»Der Pakt betrifft uns nicht«. Zu Deutungen des Hitler-Stalin-Pakts in Moldova nach 1989 377

Westeuropa

Lothar Kettenacker
Die Haltung der britischen Regierung zum Hitler-Stalin-Pakt 393

Guillaume Bourgeois
Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt, die Kommunistische Partei Frankreichs und die große Unentschlossenheit der französischen Politik zu Beginn des »Sitzkriegs« 409

Palle Roslyng-Jensen
Der Hitler-Stalin-Pakt aus dänischer Perspektive 435

Der Hitler-Stalin-Pakt in der Belletristik

Jenny Alwart
Wiederbegegnung mit dem Henker. Der Hitler-Stalin-Pakt und die Bukovyna in der ukrainischen Gegenwartsliteratur 459

Anke Pfeifer
Literatur als individuelle und kollektive Geschichtsaufarbeitung. Der Hitler-Stalin-Pakt und seine Folgen in der Literatur Rumäniens 471

Das Ende Ostmitteleuropas als multiethnischer Raum?

Katrin Steffen
Der Holocaust in der Geschichte Ostmitteleuropas 489

Detlef Brandes
Die Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa 519

Autorinnen und Autoren 549

Personenregister 559

Vorwort

Der vorliegende Band ist Produkt der Arbeit vieler Personen seit Sommer 2008. Nach der internationalen Leipziger Tagung vom 21. bis 23. August 2009 »Der Hitler-Stalin-Pakt 1939. Grenzverschiebungen, Deportationen und die Erinnerungskultur im östlichen Europa« und der dort zuerst gezeigten Ausstellung »1939 – Pakt über Europa. Der Hitler-Stalin-Pakt in der Geschichte und Erinnerungskultur Ostmitteleuropas« ist der Sammelband das dritte Ergebnis dieses gemeinschaftlichen Engagements. Dafür ist einer Vielzahl von Personen und Institutionen zu danken. Die Idee zu Tagung und Ausstellung entstand am Moldova-Institut Leipzig, das von Prof. Dr. Klaus Bochmann geleitet wird. Umgesetzt wurde sie von einem Team um ihn, bestehend aus Dr. Marina und Dr. Vasile Dumbrava, Ines Keske und Dr. Dietmar Müller. Beratend wirkte Prof. Dr. Valters Nollendorfs vom Lettischen Okkupationsmuseum Riga mit. Für die graphische Gestaltung zeichnete Thomas Klemm verantwortlich. Die redaktionelle Arbeit an den Texten des Sammelbandes leistete ein Team um Dietmar Müller, bestehend aus Ines Keske, Madlena Kowar und Arno Trültzsch.

Die Leipziger Tagung anlässlich des 70. Jahrestags des Hitler-Stalin-Pakts stieß auf reges Medienecho.[1] Die Ausstellung wurde an rund einem Dutzend Orten gezeigt, darunter im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig, im Geisteswissenschaftlichen Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig (GWZO), im – damit nicht zu verwechselnden – Geisteswissenschaftlichen Zentrum der Universität Leipzig, im Rumänischen Kulturinstitut in Berlin, im Sächsischen Staatsministerium des Innern in Dresden, im Ludwigsburger Forum am Schlosspark anlässlich des 39. Bundestreffens des Bessarabiendeutschen Vereins,

1 www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/1021334; http://diepresse.com/home/meinung/debatte/504856/HitlerStalinPakt_Umkaempfte-Erinnerungsorte?_vl_backlink=/home/meinung/debatte/index.do; http://www.dw-world.de/dw/article/0,,4589806,00.html; http://newtimes.ru/articles/detail/4850; www.dw-world.de/dw/article/0,,4589157,00.html; www.sueddeutsche.de/politik/jahre-hitler-stalin-pakt-eine-schmerzhafte-wunde-1.169255; »Aggressionshungriger Diktator Stalin«, Interview mit Stefan Troebst, Leipziger Volkszeitung 22./23.08.2009.

im Willy Brandt Zentrum in Wrocław sowie in Gymnasien und anderen Schulen in Leipzig, Berlin, Plauen und Nordhausen.

Bei der Schreibweise von Personen- und Ortsnamen haben wir im Interesse der allgemeinen Verständlichkeit folgenden Mittelweg gewählt: Personen und Orte, die einer breiten Öffentlichkeit aus deutschsprachigen Medien bekannt sind, werden z. B. als Michail Gorbatschow, als Kiew oder Bukarest wiedergegeben. Bei weniger bekannten Personen und Orten haben wir die wissenschaftliche Transliteration verwendet.

Folgenden Institutionen sei herzlich gedankt: Dem Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig in Person seines Direktors Prof. Dr. Rainer Eckert für die Gastgeberrolle bei der Tagung und der Ausstellung; der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur für die Finanzierung der Tagung; dem Sächsischen Ministerium des Innern, vertreten durch Dr. Jens Baumann, für die Teilfinanzierung der Ausstellung sowie dem GWZO für die Teilfinanzierung der Ausstellung sowie, zusammen mit der Bundesstiftung Aufarbeitung, für die Übernahme der Kosten für die Drucklegung des vorliegenden Bandes.

Leipzig, am 23. August 2011

Anna Kaminsky, Dietmar Müller, Stefan Troebst

Dietmar Müller / Stefan Troebst

Der Hitler-Stalin-Pakt 1939 in der europäischen Geschichte und Erinnerung. Eine Einführung

Der in der Nacht vom 23. auf dem 24. August 1939 in Moskau von Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop und dem sowjetischen Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Wjatscheslaw Molotow in Anwesenheit Josef Stalins unterzeichnete Nichtangriffsvertrag samt Geheimem Zusatzprotokoll gehört zu den historischen Ereignissen des 20. Jahrhunderts, die in politischer, ideologischer und erinnerungskultureller Hinsicht die wohl weitreichendsten Folgen zeitigten. Kein anderer bilateraler Vertrag beeinflusste das Schicksal von mehr Staaten, Nationen und Minderheitengruppen in Europa, vornehmlich in Ostmitteleuropa, als der Hitler-Stalin-Pakt. In der Diplomatiegeschichte gilt der Pakt als notwendige, wenn auch nicht einzige oder hinreichende Voraussetzung für den Beginn des Zweiten Weltkriegs, denn erst das Bannen der Gefahr einer sowjetischen Front im Osten ermöglichte Hitlers »Drittem Reich« sowohl den schnellen Sieg über Polen 1939 als auch den über Frankreich und die Benelux-Staaten 1940. In ideologiegeschichtlicher Perspektive bedeutete das rund zweijährige de facto-Bündnis zwischen Nationalsozialismus und Stalinismus die Vertiefung des Bruchs innerhalb der europäischen Linken, die endgültige Spaltung der Arbeiterbewegung.[1] Mit dem Pakt nimmt zudem die Totalitarismus-Theorie ihren Anfang, welche die ideologische Frontstellung des Kalten Kriegs markierte.

Ein derart einschneidendes politisches Ereignis, das zunächst große Teile Ostmitteleuropas in eine deutsche und sowjetische Einflusssphäre teilte, nach dem Krieg aber die Staaten von Estland bis Rumänien zu einem sicherheitspolitischen Glacis der Sowjetunion machte, blieb nicht ohne Folgen für die Erinnerungskulturen der Gesellschaften Ostmitteleuropas. Denn insbesondere in denjenigen Staaten der Region, die bereits in den

1 Vgl. die Sammlung von Zeitzeugenberichten aus der internationalen Arbeiterbewegung und der Komintern bei Wolfgang Leonhard, Der Schock des Hitler-Stalin-Paktes, München 1989. Vgl. auch Bernhard H. Bayerlein, »Der Verräter, Stalin, bist Du!« Vom Ende der linken Solidarität. Komintern und kommunistische Parteien im Zweiten Weltkrieg 1939-1941. Unter Mitarbeit von Natalja S. Lebedewa, Michail Narinski und Gleb Albert, Berlin 2008; Gerhard Bisovsky / Hans Schafranek / Robert Streibel (Hg.), Der Hitler-Stalin-Pakt. Voraussetzungen, Hintergründe und Auswirkungen, Wien 1990.

Jahren 1939 bis 1941 vom Hitler-Stalin-Pakt unmittelbar betroffen waren, und die sich zusammen mit anderen nach 1945 auf der östlichen Seite des Eisernen Vorhangs wiederfanden, wurde der Vormarsch der Roten Armee nicht allein als Befreiung von Nazi-Deutschland gedeutet und erinnert. Vielmehr stellte sich die Etablierung kommunistischer Regime – mit dem Zwischenspiel der Volksfrontregierungen – für die Gesellschaften der meisten Staaten Ostmitteleuropas als die Ablösung der braunen Diktatur durch die rote dar. Mit gutem Grund haben Erwin Oberländer und Rolf Ahmann ihrem Buch von 1989 zu den Folgen des Hitler-Stalin-Pakts für die Region zwischen Deutschland und der UdSSR – 50 Jahre nach der Unterzeichnung 1989 – die Titelfrage vorangestellt: »Das Ende Ostmitteleuropas?«[2] Dieser Frageperspektive liegt die Annahme zugrunde, dass die Staaten und Gesellschaften dieser Geschichtsregion ein spezifisches Gepräge haben, das nach 1939 und nach 1945 drastischen Eingriffen unterworfen war. Neben dem bekannten vollständigen oder teilweisen Verlust der staatlichen Souveränität durch Besetzung und Annexion durch das »Dritte Reich« und die Sowjetunion sowie durch die Inkorporierung in den Warschauer Pakt gilt es aber auch die Dimension der Bevölkerung zu berücksichtigen. Im Zweiten Weltkrieg wurden durch den Holocaust diejenigen jüdischen Gemeinschaften vernichtet, die in vielfacher Weise die Textur Ostmitteleuropas geprägt hatten. Ebenso charakteristisch war der deutsche Bevölkerungsanteil, welcher der Region gegen Ende des Kriegs durch Flucht und in der unmittelbaren Nachkriegszeit durch Vertreibung verlustig ging. Durch die Kriegsführung, die Praxis der Besatzungsregime sowie die territorialen Nachkriegsregelungen waren nicht zuletzt die baltischen, slawischen und finnougrisch- wie rumänischsprachigen Titularnationen der Geschichtsregion durch Massenmorde, Vertreibungen und Deportationen betroffen. Bereits in der politischen Emigration sowie in der Untergrundpresse insbesondere der polnischen und baltischen Dissidenten wurde der Hitler-Stalin-Pakt im Zusammenhang mit der verlorenen Souveränität diskutiert – eine Debatte, die seit der politischen Lockerung in Gorbatschows Perestrojka größere und offen sichtbare Formen annahm. Nun wurde mit völkerrechtlichen und historischen Argumenten die Beseitigung der Folgen des Hitler-Stalin-Pakts mit dem Ziel der Wiederherstellung der Staatenwelt Ostmitteleuropas aus der Zwischenkriegszeit gefordert.

Im vorliegenden Band liegt der Schwerpunkt erstmals in der Historiographie zum Hitler-Stalin-Pakt auf der staatlichen Geschichtspolitik sowie

2 Vgl. Erwin Oberländer (Hg.), Hitler-Stalin-Pakt 1939. Das Ende Ostmitteleuropas? Frankfurt a. M. 1989.

der gesellschaftlichen Erinnerungskultur.[3] Die Mehrzahl der Autorinnen und Autoren gehen auf die Ereignis- und Diplomatiegeschichte des Pakts nur insofern ein, als sie zum Verständnis seiner Rolle in den herrschenden Meistererzählungen sowie oppositionellen Gegendiskursen notwendig sind. Diese Einführung in den Hitler-Stalin-Pakt in der europäischen Geschichte und Erinnerung ist gegliedert in einen Überblick seiner Historiographie, gefolgt von einer Geschichte der Begriffsanwendung seiner Bezeichnungen und abgeschlossen durch eine Kartierung europäischer Erinnerungskulturen.

Historiographie des Hitler-Stalin-Pakts[4]

Die »Entfesselung des Krieges«[5] ist in einer Reihe von Dokumentenbänden,[6] Monographien und Aufsätzen bis in die kleinsten Details erfasst

3 Jan Lipinsky hingegen konzentriert sich in seiner Studie sowie in seinem Beitrag im vorliegenden Band auf die Rezeptionsgeschichte des Geheimen Zusatzprotokolls auf politischer Ebene; vgl. ders., Das Geheime Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 und seine Entstehungs- und Rezeptionsgeschichte von 1939 bis 1999, Frankfurt a. M. 2004.

4 Im Folgenden wird im Wesentlichen die deutsch- und englischsprachige Historiographie erfasst und besprochen. Für die Historiographie anderer europäischer Länder sei auf die entsprechenden Aufsätze in diesem Band verwiesen.

5 Walter Hofer, Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges, Neuauflage: Berlin/Zürich 2007 (mit neuem Nachwort: »Führte der Hitler-Stalin-Pakt zum Ende der Sowjetunion?«, S. 417-431).

6 Nazi-Soviet Relations 1939-1941. Documents from the Archives of the German Foreign Office, Departement of State 1948; deutsche Ausgabe: Das Nationalsozialistische Deutschland und die Sowjetunion 1939-1941. Akten aus dem Archiv des Deutschen Auswärtigen Amts, Departement of State 1948. Die sowjetische Antwort darauf ist Fal'sifikatory istorii (istoričeskaja spravka), Moskva 1948; deutsche Ausgabe: Geschichtsfälscher. Der tatsächliche Verlauf der Vorbereitung und Entwicklung der Hitleraggression und des Zweiten Weltkrieges. Veröffentlicht vom Informationsbüro des Ministerrates der UdSSR. Berlin 1948, Berlin [5]1955; Die Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion 1939–1941. Dokumente des Auswärtigen Amtes, hg. von Alfred Seidl, Tübingen 1949; Blaubuch der Britischen Regierung über die deutsch-polnischen Beziehungen und den Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Grossbritannien und Deutschland am 3. September 1939 (=Dokumente und Urkunden zum Kriegsausbruch, September 1939; Fasc. 1), Basel 1939 (von der Britischen Regierung autorisierte Übersetzung der englischsprachigen Originalausgabe der Documents, Miscellaneous No. 9, 1939); Johann Wolfgang Brügel (Hg.), Stalin und Hitler. Pakt gegen Europa, Wien 1973; Gerhard Hass, 23. August 1939. Der Hitler-Stalin-Pakt. Dokumentation, Berlin 1990.

und behandelt worden. Bei der Analyse von Motiven, Kräfteverhältnissen und Verträgen bis zum 1. September 1939 spielt der Hitler-Stalin-Pakt eine herausragende Rolle als Knotenpunkt teils konvergierender, teils widerstrebender Interessen und Strategien des »Dritten Reichs« und der Sowjetunion.[7] Die zentrale Forschungsfrage blieb über Jahrzehnte hinweg, wie es im August 1939 zu dem spektakulären Nichtangriffsvertrag zwischen zwei Staaten gekommen war, welche die Ideologie des Vertragspartners zuvor mit großem propagandistischen Aufwand als »die wütendste Offensive des Kapitals gegen die werktätigen Massen«[8] respektive als »jüdisch-internationalen Bolschewismus« und »Inkarnation des menschlichen Zerstörungstriebs«[9] verdammt hatte.

Mit Blick auf die Genese des Hitler-Stalin-Pakts dominierte in der Historiographie bis in die 1970er Jahre ein Erklärungsmuster, das allgemein der Totalitarismus-Theorie verpflichtet war und bezüglich der Außenpolitik aus reiner Diplomatiegeschichte bestand. Die Grundlage der Argumentation bildete der Verweis auf den Status Deutschlands und der Sowjetunion als revisionistische Mächte in der Zwischenkriegszeit.[10]

7 Vgl. P. Rossi, Zwei Jahre deutsch-sowjetisches Bündnis, Köln/Berlin 1954; Philipp W. Fabry, Der Hitler-Stalin-Pakt 1939-1941. Ein Beitrag zur Methode sowjetischer Außenpolitik, Darmstadt 1962; Sven Allard, Stalin und Hitler. Die sowjetrussische Außenpolitik 1930-1941, Bern/München 1974; Andreas Hillgruber/Klaus Hildebrandt, Kalkül zwischen Macht und Ideologie. Der Hitler-Stalin-Pakt: Parallelen bis heute? Zürich 1980; Reinhold W. Weber, Die Entstehungsgeschichte des Hitler-Stalin-Paktes 1939, Frankfurt a. M. 1980; Bianka Pietrow, Stalinismus – Sicherheit – Offensive. Das »Dritte Reich« in der Konzeption der sowjetischen Außenpolitik, Melsungen 1983; Ingeborg Fleischhauer, Der Pakt. Hitler, Stalin und die Initiative der deutschen Diplomatie 1938-1939, Berlin/Frankfurt a. M. 1990; Geoffrey Roberts: Stalin's Wars. From World War to Cold War, 1939-1953, New Haven/London 2006.

8 Aussagen auf dem VII. Weltkongreß der Komintern 1935, zitiert nach Helmut Altrichter, Unauflösbare Widersprüche. Die sowjetische Politik und der Kriegsausbruch, in: Ders./Josef Becker (Hg.), Kriegsausbruch 1939. Beteiligte, Betroffene, Neutrale, München 1989, S. 59-83, hier S. 59.

9 Adolf Hitler in zwei Reichstagsreden von 1937 und 1938, zitiert nach Gerd R. Ueberschär, Hitlers Entschluß zum »Lebensraum«-Krieg im Osten. Programmatisches »Ostprogramm« oder militärstrategisches Kalkül? In: Ders./ Wolfram Wette (Hg.), Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion »Unternehmen Barbarossa« 1941, Frankfurt a. M. 1991, S. 13-43, hier S. 19.

10 Diese Lesart ist insbesondere in der Memorialistik und der politischen Publizistik zu finden; vgl. Gustav Hilger, Wir und der Kreml. Deutsch-sowjetische Beziehungen 1918-1941. Erinnerungen eines deutschen Diplomaten, Frankfurt a. M./ Berlin ^{2}1956; Sebastian Haffner, Die deutsch-russischen Beziehungen vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg, Zürich 1988. Insbesondere in der Massenpublizistik werden der Hitler-Stalin-Pakt und der Zweite Weltkrieg stark personalisiert, als

Das gemeinsame Interesse Berlins und Moskaus, die im Ersten Weltkrieg und den Friedensverträgen von Brest-Litovsk 1918 und Versailles 1919 verlorenen Gebiete ebenso wiederzuerlangen, wie ihren Großmachtstatus in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht, habe zu einer strukturellen Affinität der beiden Staaten geführt. Die ideologischen Unvereinbarkeiten zwischen der demokratischen Weimarer Republik und dem nationalsozialistischen »Dritten Reich« einerseits sowie der kommunistischen Sowjetunion andererseits seien durch die Vorteile eines deutsch-sowjetischen Zusammengehens in den Hintergrund gerückt. Wichtige Elemente dieses Erklärungsmusters sind die Verträge von Rapallo 1922 und Berlin 1926, in denen die beiden Staaten sich gegenseitig anerkannten, diplomatische Beziehungen aufnahmen sowie eine weitreichende militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit vereinbarten. Diese »realistische« Analyse bilateraler Beziehungen, methodisch der traditionellen Diplomatiegeschichte verpflichtet, identifizierte dominante Akteure, klare Interessen und deren Konvergenzen, so dass der Hitler-Stalin-Pakt zu einem geradezu folgerichtig eintretenden Ereignis wird. Im Einklang mit dem seit den 1950er Jahren erkenntnisleitenden Ansatz der Totalitarismus-Theorie für die Analyse des sowjetischen Systems wurden auch in der Außenpolitik die Führerfiguren samt ihrer »weltanschaulichen Triebkräfte« privilegiert betrachtet. Frühe Äußerungen Hitlers, Lenins und Stalins wurden von diesen Autoren oft als alleinige Grundlagen der späteren nationalsozialistischen und sowjetischen Außenpolitik herangezogen.[11]

In den 1980er Jahren erlebte dieses Erklärungsmuster deutsch-sowjetischer Beziehungen als Argument Ernst Noltes im deutschen Historikerstreit eine Revitalisierung. Danach war der nationalsozialistische Gedanke der Vernichtung von Großgruppen eine Imitation des bol-

langjähriger Zweikampf dargestellt. So lautet die Überschrift der Titelgeschichte des »Spiegels« vom 11.6.2011 (Nr. 24) »Hitler gegen Stalin. Bruder Todfeind« und im Heft heißt es: »Bestie und Unmensch. Das ›Dritte Reich‹ überfiel vor 70 Jahren die Sowjetunion und begann den grauenvollsten Krieg in der Geschichte der Menschheit. Die deutsche Niederlage entschied das Duell zweier Despoten, die einander seit 1923 belauert hatten: Hitler und Stalin« (S. 60).

11 Vgl. P. Rossi, Zwei Jahre deutsch-sowjetisches Bündnis; Philipp W. Fabry, Der Hitler-Stalin-Pakt 1939–1941; Sven Allard, Stalin und Hitler, Johann Wolfgang Brügel (Hg.), Stalin und Hitler. Für eine späte, der Totalitarismus-Perspektive des »Schwarzbuchs des Kommunismus« verpflichteten Analyse des Hitler-Stalin-Pakts vgl. Thierry Wolton, Rot-braun. Der Pakt gegen die Demokratie von 1939 bis heute, Hamburg 2000 (zuerst 1999); Stéphane Courtois u. a., Das Schwarzbuch des Kommunismus – Unterdrückung, Verbrechen und Terror, München 2004 (zuerst 1997). Für eine Kritik traditioneller Diplomatiegeschichte ergänzt um den Totalitarismus-Ansatz vgl. Bianka Pietrow, Stalinismus – Sicherheit – Offensive, S. 9 ff.

schewistischen Klassenkampfes, ja die Antwort auf diese Bedrohung Deutschlands seitens der Sowjetunion.[12] Diese These, ebenso wie die in den 1990er Jahren formulierte, der Krieg des »Dritten Reichs« gegen die Sowjetunion sei ein Präventivkrieg gewesen, kann ungeachtet gelegentlichen Wiederaufflackerns vor allem in Russland, Belarus und der Ukraine als widerlegt gelten.[13]

Das zweite Erklärungsmuster für die Entstehungsgeschichte des Hitler-Stalin-Pakts zeichnet sich allgemein durch den Verzicht auf einfache Antworten aus. Ohne die Prämissen des ersten Ansatzes – insbesondere den Revisionismus Berlins und Moskaus – gänzlich zu verwerfen, verweisen viele Autoren auf Schwachstellen der Argumentation: Sie sei teleologisch, vom August 1939 rückwirkend erklärend aufgebaut, würde auf internationaler Ebene zu wenige Akteure berücksichtigen und methodisch in der traditionellen Diplomatiegeschichte verankert sein.[14] Die Historiographie zum Hitler-Stalin-Pakt hat grundsätzlich das Problem zu bewältigen, dass die Quellenlage bezüglich der wichtigsten Akteure sehr ungleichgewichtig war und ist. Während die Akten der britischen, französischen und deutschen Seite, ergänzt um Tagebücher, Erinnerungen etc. der Zentralpersonen, in immer größerer Dichte ediert wurden,[15] war dies für die sowjetische Seite bis vor kurzem nicht der Fall. Auch die sowjetische Historiographie beharrte bis in die Zeit der Perestrojka hinein auf ei-

12 Vgl. »Historikerstreit«. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1987; Hans-Ulrich Wehler, Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum »Historikerstreit«, München 1988.

13 Vgl. Gerd R. Ueberschär / Lev A. Bezymenskij (Hg.), Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion 1941. Die Kontroverse um die Präventivkriegsthese, Darmstadt 1998; Bianka Pietrow-Ennker (Hg.), Präventivkrieg? Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion, Frankfurt a. M. 2000.

14 Zu einer Kritik einer dauerhaften »Ost-Option deutschen Groß- und Weltmachtstrebens« vgl. Gottfried Schramm, Grundmuster deutscher Ostpolitik 1918-1939, in: Bernd Wegner (Hg.), Zwei Wege nach Moskau: vom Hitler-Stalin-Pakt zum Unternehmen »Barbarossa«, München 1991, S. 3-18, hier S. 7.

15 Ohne Anspruch auf Vollständigkeit vgl. Winston S. Churchill, Der Zweite Weltkrieg, Neuauflage Bern u. a. 1992 (zuerst 1948); Gustav Hilger, Wir und der Kreml; Hans von Herwarth, Zwischen Hitler und Stalin. Erlebte Zeitgeschichte 1931 bis 1945, Frankfurt a. M. / Berlin / Wien 1982; Halder: Generalstabschef Hitlers 1938-1942, hg. von Christian Hartmann, Paderborn u. a. ²2010; Georges Bonnet, De Munich à la guerre. Défense de la paix, Paris 1967 (erste Auflage 2 Bde., Genf 1936, 1948; Deutsche einbändige und gekürzte Übersetzung: Ders., Vor der Katastrophe. Erinnerungen des französischen Außenministers 1938-1939, Köln 1951); Harold Nicolson, Diaries and Letters 1930-1939, 2 Bde., bearb. von Nigel Nicolson, London 1966.

ner kanonisierten Darstellung des Hitler-Stalin-Pakts, wie sie bereits Ende der 1930er Jahre geschaffen und im Wesentlichen nur noch tradiert wurde.[16] Der Kern dieser Argumentation war die Leugnung der Existenz eines Geheimen Zusatzprotokolls, so dass der Pakt als Nichtangriffsvertrag mit friedlichen Absichten seitens Moskaus dargestellt werden konnte, in den die Sowjetunion im Übrigen durch die schwachbrüstige Appeasement-Politik der Westmächte getrieben worden sei. Stalin habe so »Zeit erkaufen« müssen, um sich auf den bevorstehenden deutschen Angriff vorzubereiten zu können – mit Erfolg, wie der »Sieg im Großen Vaterländischen Krieg« belege.

Die Verbesserung der Quellenlage wurde von der westlichen Historiographie – selbst wenn sie, wie Reinhold W. Webers Studie zur Entstehungsgeschichte des Hitler-Stalin-Pakts[17] im Wesentlichen Diplomatiegeschichte blieb – für umfassende, multiperspektivische Synthesen genutzt. Neben Berlin und Moskau werden hier systematisch auch Paris und London, manche ihnen nahestehenden anti-revisionistischen Staaten Ostmitteleuropas, wie Polen und Rumänien sowie zuweilen das revisionistische Italien und Ungarn analysiert. Insbesondere im zeitlichen Umfeld des 50. Jahrestags der Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Pakts 1989 erschienen zahlreiche Sammelbände, in denen auf der Ereignisebene neben den Signatarstaaten und den Großmächten alle ostmitteleuropäischen Staaten analysiert wurden.[18] Hervorzuheben ist in diesem Kontext der bereits im Titel nach dem Ende Ostmitteleuropas fragende Sammelband, dessen Konzeption auf Vorarbeiten Rolf Ahmanns über den Charakter des

16 Pars pro toto seien hier zwei übersetzte Darstellungen genannt: V. J. Sipols, Die Vorgeschichte des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrags, Köln 1981 (zuerst Moskau 1979); Igor Maximytschew, Der Anfang von Ende. Deutsch-sowjetische Beziehungen 1933-1939, Köln 1985 (zuerst: Moskau 1981).

17 Vgl. Reinhold W. Weber, Die Entstehungsgeschichte des Hitler-Stalin-Paktes 1939.

18 Vgl. Helmut Altrichter/Josef Becker (Hg.), Kriegsausbruch 1939; Bernd Wegner (Hg.), Zwei Wege nach Moskau; Klaus Hildebrand/Jürgen Schmädeke/Klaus Zernack (Hg.), 1939. An der Schwelle zum Weltkrieg. Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges und das internationale System, Berlin/New York 1990; Hubertus Neuschäffer, Der Hitler-Stalin-Pakt 1939. Die Auswirkungen auf die vom Vertrag betroffenen Völker, in: Hans Hecker/Silke Spieler (Hg.), Nationales Selbstverständnis und politische Ordnung. Abgrenzungen und Zusammenleben in Ost-Mitteleuropa bis zum Zweiten Weltkrieg, Bonn 1991, S. 83-98; Roland G. Foerster (Hg.), »Unternehmen Barbarossa«. Zum historischen Ort der deutsch-sowjetischen Beziehungen von 1933 bis Herbst 1941, München 1993. Vgl. auch Gilbert-Hanno Gornig, Der Hitler-Stalin-Pakt. Eine völkerrechtliche Studie, Frankfurt a. M. u. a. 1990.

Hitler-Stalin-Pakts als Nichtangriffs- oder als Angriffspakt beruht.[19] Die westliche Forschung zu außenpolitischen Aspekten des »Dritten Reichs« sowie der Sowjetunion profitierte weiterhin durch sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Impulse sowie Studien des nationalsozialistischen politischen Systems. In diesem Bereich hat sich die Charakterisierung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems als Polyarchie durchgesetzt, in der verschiedene Akteursgruppen um die Durchsetzung ihrer Vorstellungen bei Adolf Hitler konkurrierten. Diese Ausweitung relevanter Akteure bei der Formulierung und Umsetzung außenpolitischer Programme ist systematisch als Zusammenhang zwischen Innen- und Außenpolitik in ihren diplomatischen, militärischen sowie außenwirtschaftlichen und auslandskulturellen Ebenen zu sehen. Deutlich profitiert von den genannten Erkenntnisfortschritten bezüglich des Dritten Reichs hat die Studie Bianka Pietrows zum Dritten Reich in der Konzeption der sowjetischen Außenpolitik zwischen 1933 und 1941.[20] Implizit stellt Pietrow das sowjetische politische System der 1930er Jahren als Polyarchie dar, fragt weiterhin nach den innenpolitischen Determinanten außenpolitischen Handelns sowie nach dem sich wandelnden Sicherheitsbegriff vor dem Hintergrund der Faschismus- und Imperialismusdefinition in der Komintern und im Kreml.

Das zentrale Thema dieses zweiten Erklärungsmusters ist das System der kollektiven Sicherheit sowie dessen Niedergang in den 1930er Jahren. Schon vor der nationalsozialistischen Machtergreifung deutete sich an, dass sich die anti-revisionistischen Staaten Ostmitteleuropas auf ihre Bündnispartner England und Frankreich nicht unbegrenzt verlassen konnten, dass London und Paris einer begrenzten Revision der territorialen Nachkriegsordnung gegenüber nichts Substantielles entgegensetzen wollten oder konnten. Während Frankreich – hinter der Maginot-Linie verschanzt – seine anti-revisionistische Linie militärisch nicht untermauern konnte, setzte Englands Außenpolitik auf eine *general settlement* genannte Verständigung der europäischen Großmächte unter Ausschluss der Sowjetunion. Die entscheidenden Daten dieser Appeasement-Politik ge-

19 Erwin Oberländer (Hg.), Hitler-Stalin-Pakt 1939, mit Beiträgen zu Polen, Finnland, den baltischen Staaten und Rumänien, sowie Rolf Ahmann, Der Hitler-Stalin-Pakt: Nichtangriffs- oder Angriffsvertrag? In: Ebenda, S. 26-42; Vgl. auch Rolf Ahmann, Nichtangriffspakte: Entwicklung und operative Nutzung 1922-1939. Mit einem Ausblick auf die Renaissance des Nichtangriffsvertrages nach dem Zweiten Weltkrieg, Baden-Baden 1988; Ders., »Localization of Conflicts« or »Indivisibility of Peace«: The German and the Soviet Approaches towards Collective Security and East central Europe 1925-1939, in: Rolf Ahmann/Adolf M. Birke/Michael Howard (Hg.), The Quest for Stability. Problems of West European Security 1918-1957, Oxford 1993, S. 201-247.

20 Vgl. Bianka Pietrow, Stalinismus – Sicherheit – Offensive.

genüber Deutschland waren die Remilitarisierung des Rheinlands (1936) sowie das Jahr 1938, in dem zunächst Österreich in das Deutsche Reich eingegliedert wurde, dann mit den sog Sudetengebieten mit Zustimmung von London, Paris und Rom im Münchner Abkommen ebenso verfahren wurde, bevor die Tschechoslowakei entgegen den Versprechungen Hitlers endgültig zerschlagen wurde.

Für die unmittelbare Entstehungsgeschichte des Hitler-Stalin-Pakts des Jahres 1939 waren in der Historiographie Fragen forschungsleitend, wie diejenigen danach, von wem die Initiative ausging, mit welcher Motivation die Verhandlungen begonnen, betrieben und zu Ende geführt wurden sowie welcher der Signatarstaaten kurz- und mittelfristig größeren Nutzen resp. Schaden aus dem Pakt hatte. Spätestens in der Publikationswelle um 1990 hat sich bezüglich dieser Fragen ein Konsens herausgebildet, der in späteren Publikationen nicht mehr grundlegend hinterfragt wurde. Dazu haben signifikant auch russische Historiker beigetragen, die seit der Perestrojka-Zeit insbesondere die Genese des Pakts, die zwei Jahre des deutsch-sowjetischen Bündnisses 1939 bis 1941 sowie Stalins Rolle für die verheerenden Niederlagen der sowjetischen Streitkräfte in den ersten Monaten des »Unternehmens Barbarossa« analysiert haben. Zahlreiche dieser Studien liegen auf Deutsch vor.[21] Unbestritten ist, dass die deutsche und sowjetische Seite gleichermaßen seit dem Frühjahr 1939 zahlreiche, tastend-vorsichtige diplomatische Gesprächskontakte suchten.[22] Davon unbenommen blieben alternative Strategien wiederum auf beiden Seiten, etwa deutsche Verständigungsversuche mit England und

21 Vgl. Achim Bühl (Hg.), Der Hitler-Stalin-Pakt. Die sowjetische Debatte, Köln 1989; Sergej Slutsch (Sluč), Warum brauchte Hitler einen Nichtangriffspakt mit Stalin? In: Roland G. Foerster (Hg.), »Unternehmen Barbarossa«, S. 69-87; Ders., Deutschland und die UdSSR 1918-1939. Motive und Folgen außenpolitischer Entscheidungen, in: Hans-Adolf Jacobsen u.a. (Hg.), Deutsch-russische Zeitenwende 1941-1995, Baden-Baden 1995, S. 28-90; Ders., 17. September 1939: Der Eintritt der Sowjetunion in den Zweiten Weltkrieg. Eine historische und völkerrechtliche Bewertung, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 48 (2000) 2, S. 219-254; Ders., Der Weg in die Sackgasse. Die UdSSR und der Molotov-Ribbentropp-Pakt, in: Osteuropa 59 (2009) 7-8 (= Themenheft »Der Hitler-Stalin-Pakt. Der Krieg und die europäische Erinnerung«), S. 249-256; Aleksandr Čubarjan, Die UdSSR und der Beginn des Zweiten Weltkriegs, S. 277-292; Michail Semirjaga, Die sowjetisch-deutschen Verträge im System der internationalen Beziehungen des Jahres 1939, S. 293-302; Vjačeslav Dašičev, Planungen und Fehlschläge Stalins am Vorabend des Krieges – der 18. Parteitag der KPdSU(B) und der sowjetisch-deutsche Nichtangriffspakt, S. 303-314, alle in: Klaus Hildebrand/Jürgen Schmädeke/Klaus Zernack (Hg.), 1939. An der Schwelle zum Weltkrieg.

22 Für die Entstehungsgeschichte des Pakts sind die Arbeiten Reinhold W. Webers und Rolf Ahmanns in ihrer Akribie und Multiperspektivität immer noch unüber-

Polen oder anglo-französisch-sowjetische Paktverhandlungen noch bis in den August 1939 hinein. Nicht durchsetzen konnte sich die These Ingeborg Fleischhauers, wonach traditionell russlandfreundliche und dem Widerstand nahestehende Kreise im Auswärtigen Amt in den Verhandlungen zum Hitler-Stalin-Pakt versucht hätten, das Schlimmste, namentlich einen Krieg des »Dritten Reichs« mit der Sowjetunion, zu verhindern.[23] Ebenfalls unstrittig ist die Einschätzung der deutschen und sowjetischen Motive für den Pakt, die nicht mehr in langen Traditionen oder in der ideologischen Kompatibilität zweier totalitärer Regime gesucht werden. Vielmehr wird zum einen die Ergebnisoffenheit der Annäherungsbewegungen in Richtung Pakt betont, und zum anderen die innen- und sicherheitspolitischen Bedingungen der sowjetischen Seite nach den »Großen Säuberungen« 1938 nicht zuletzt in den Rängen der Roten Armee.

Mit Verweis auf das geringe Offensivpotential der sowjetischen Streitkräfte nach diesen Säuberungen ist eine Variante der Präventivkriegsthese in der sog. Eisbrecher-Kontroverse überzeugend zurückgewiesen worden, wonach der deutsche Überfall auf die Sowjetunion einem 1941 unmittelbar bevorstehenden Angriff der Roten Armee lediglich zuvorgekommen sei.[24] Ausgelöst wurde die vornehmlich in der englischsprachigen Forschung ausgetragene Kontroverse von Vladimir B. Rezun, einem 1978 in den Westen geflohenen sowjetischen Geheimdienstmitarbeiter, der unter dem Pseudonym »Victor Suvorov« seit 1985 diese These vertrat.[25] Für die englischsprachige Historiographie zum Hitler-Stalin Pakt und den deutsch-

troffen. Vgl. Reinhold W. Weber, Die Entstehungsgeschichte; Rolf Ahmann, Der Hitler-Stalin-Pakt; Ders., Nichtangriffspakte.

23 Ingeborg Fleischhauer, Der Pakt; Dies., Diplomatischer Widerstand gegen »Unternehmen Barbarossa«: die Friedensbemühungen der Deutschen Botschaft Moskau 1939-1941, Berlin/Frankfurt a. M. 1991.

24 Für eine Zusammenfassung der Eisbrecher-Kontroverse vgl. Teddy J. Uldricks, The Icebreaker Controversy; Did Stalin Plan to Attack Hitler? In: Slavic Review 3 (1999), S. 626-643. Für eine aktengestützte Zurückweisung der These Suvorovs vgl. Lew Besymenski, Stalin und Hitler. Das Pokerspiel der Diktatoren, Berlin 1992, S. 373ff., 435ff.; vgl. auch R. C. Raack, History as Past and Current Politics: The *Gensek*, Stalin, and the Beginnings of the Cold War, in: East European Quarterly 23 (1989) 2, S. 129-144; Ders., Stalin's Drive to the West, 1939-1945: The Origins of the Cold War, Stanford 1995.

25 Zu Suvorovs Argumentation vgl. Victor Suvorov, Der Eisbrecher: Hitler in Stalins Kalkül, Stuttgart 1989; in englischer Fassung ders., Icebreacer: Who Started the Second World War? London 1990.

sowjetischen Beziehungen können die Werke Geoffrey Roberts' und des israelischen Historikers Gabriel Gorodetsky eingeschätzt werden.[26]

Im Zuge der *spatial* und *cultural turns* sind in den letzten rund zehn Jahren Ansätze auch in der Diplomatie-, Politik- und Militärgeschichte entwickelt worden, die die Aktionsformen der beiden diktatorischen Regime Nationalsozialismus und Stalinismus ebenso in den Blick nehmen, wie ihre Verflechtungen. So hat jüngst Timothy Snyder mit seinen »Bloodlands« ein ungewöhnliches Muster historischer Meso-Regionalisierung gewählt, um ein Gebiet zu bezeichnen, das im Wesentlichen mit Regionen zusammenfällt, die von den territorialen Absprachen des Hitler-Stalin-Pakts betroffen waren. Diese Meso-Region sei zwischen 1932/33 und 1945 sukzessive vom sowjetischen Terror und nationalsozialistischem Vernichtungswahn verwüstet worden.[27] Die Beziehungsgeschichte zwischen den Systemen, ja eigentlich zwischen den Diktatoren und ihren Diplomaten, steht auch bei Susanne Schattenberg im Mittelpunkt.[28] In einem kulturhistorischen Zugriff führt sie die Genese des Hitler-Stalin-Pakts auf die gemeinsame Formensprache, den Stil der Moskauer und Berliner Diplomaten zurück. In seiner Monokausalität erinnert dieser Erklärungsansatz an die Teleologie des Kalten Kriegs, an »wesensmäßige Gleichheit« der Führerfiguren samt ihrer »weltanschaulichen Triebkräfte«.

26 Vgl. Geoffrey Roberts, The Unholy Alliance. Stalin's Pact with Hitler, London 1989; Ders., The Soviet Union and the Origins of the Second World War. Russo-German relations and the Road to War, 1933-1941, Hampshire/London 1995; Ders., Stalin's Wars. From World War to Cold War, 1939-1953; Gabriel Gorodetsky, Was Stalin Plan to Attack Hitler in June 1941? In: Journal of the Royal United Service Institution 131 (1986) 2, S. 69-72; Ders., Grand Delusion. Stalin and the German Invasion of Russia, New Haven/London 1999.

27 Vgl. Timothy Snyder, Bloodlands. Europe Between Hitler and Stalin, New York 2010 samt einer kritischen Rezension von Stefan Troebst dazu in H-Soz-u-Kult, 11.02.2011, http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/id=16087.Bereits früher mit ähnlicher Konzeption Dietrich Beyrau, Schlachtfeld der Diktatoren. Osteuropa im Schatten von Hitler und Stalin, Göttingen 2000 und Norman Naimark, Die Killing Fields des Ostens und Europas geteilte Erinnerung, in: Transit. Europäische Revue 30 (2005/06), S. 57-69.

28 Vgl. Susanne Schattenberg, Diplomatie der Diktatoren. Der Molotov-Ribbentrop-Pakt, in: Osteuropa 59 (2009) 7-8), S. 7-31.

Begriffsanwendungsgeschichte »Hitler-Stalin-Pakt«[29]

Die erinnerungskulturellen und geschichtspolitischen Dimensionen des Hitler-Stalin-Pakts spiegeln sich in seiner Bezeichnung wieder, die seit der Unterzeichnung sowohl in zeitlicher, als auch in geschichtsregionaler Hinsicht in aufschlussreicher Varianz verwendet wurde. Es lassen sich drei Typen der Bezeichnung des Pakts identifizieren.

Der erste besteht aus der Bezeichnung des Pakts, wie er von den Signatarstaaten selbst vorgenommen wurde: Deutsch-sowjetischer Nichtangriffsvertrag. Die Verwendung dieser Titulatur ist im Bereich der Diplomatie in allen Ländern im Kontext des Zweiten Weltkriegs (1939-1947) zu finden, mit den signifikanten Ausnahmen der USA, Großbritanniens und Frankreichs, wo Teile der Presse in kritischer Absicht bereits die Begriffe »Deutsch-sowjetischer Pakt« oder »Hitler-Stalin-Pakt« verwandten.[30] Im Kalten Krieg (1947-1909) wurde die diplomatische Titulatur des Pakts nur noch in der Sowjetunion sowie in den ostmitteleuropäischen Staaten des Warschauer Pakts verwendet. Sowjetischerseits implizierte dies zum einen die Deutung des Pakts als friedlicher, defensiver Nichtangriffsvertrag und zum anderen die Leugnung der Existenz des Geheimen Zusatzprotokolls.

Der zweite Typus der Bezeichnung – Molotow-Ribbentrop-Pakt – ist die in Ostmitteleuropa gegenwärtig am häufigsten anzutreffende. Sie nimmt ihren Anfang in Kreisen der politischen ostmitteleuropäischen Emigration seit 1939 und verstärkt nach 1945/47. Diese Bezeichnung entwickelte sich in Kreisen der ostmitteleuropäischen und russischen Dissidenz während des Kalten Kriegs geradezu zu einem Kampfbegriff gegen das kommunistische System und die Sowjetunion. Der Begriff »Pakt« war dabei der sprachliche Ausdruck für die Forderung der Dissidenten an die Regierung und die Sowjetunion, die Motive des Pakts offen zu diskutieren, die Existenz des Geheimen Zusatzprotokolls zuzugeben und es zu veröffentlichen. Mit der Nennung der unterzeichnenden Außenminister der beiden Signatarstaaten stellt dieser Typus die mittlere Kategorie auf einem Kontinuum von diplomatisch korrekter und ideologisch aufgeladener Bezeichnung dar, denn es werden weder die Diktatoren, noch die Syste-

29 Die folgende Darstellung einer – sicher noch unvollständigen – Begriffsanwendungsgeschichte des »Hitler-Stalin-Pakts« beruht auf Angaben der Autoren und Autorinnen des vorliegenden Bandes. Etwaige Versäumnisse oder Fehler liegen bei den Herausgebern, und mangelnde Nuancierungen sind der notwendigen Abstrahierung geschuldet.

30 Für England die Bezeichnung »Hitler-Stalin Pact« vgl. The Times: 13.11.1940, 05.12.1940, 04.08.1948, 22.01.1953, 30.04.1953, 30.05.1953, 04.01.1956; für die USA vgl. New York Times: 10.09.1939, 25.08.1939, 02.09.1939.

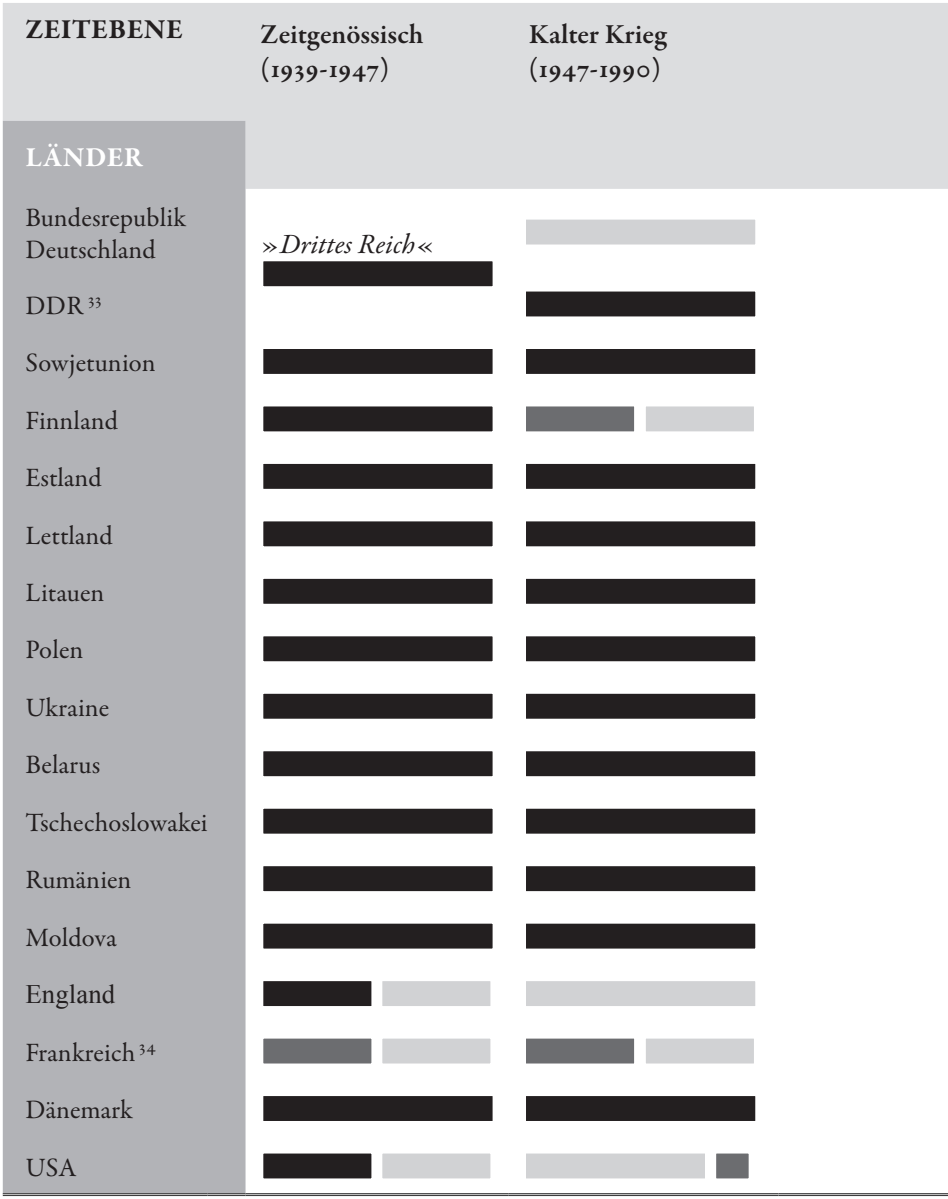
me direkt benannt. An der Bezeichnung »Deutsch-sowjetischer Nichtangriffsvertrag« halten heute nur Kreise in der Russländischen Föderation, in der Ukraine und Belarus fest, für die das Andenken an den »Großen Vaterländischen Krieg« (1941-1945) identitätsstiftend ist.

Der dritte Typus der Paktbezeichnung – Hitler-Stalin-Pakt und *Nazi-Soviet Pact*[31] – ist ein Produkt des Kalten Kriegs in der westdeutschen und angelsächsischen Historiographie und Publizistik. Im Koselleckschen Sinne sind diese Bezeichnungen »asymmetrische Gegenbegriffe« zum Terminus »Nichtangriffsvertrag« sowie zum Regimetypus Demokratie einzuschätzen. Die Begriffe stellen den diktatorischen, totalitären Charakter der Signatarstaaten »Drittes Reich« und Sowjetunion in den Mittelpunkt, und die deutsche Bezeichnung »Hitler-Stalin-Pakt« betont dies zusätzlich durch die Personifizierung auf die beiden Diktatoren. Mit Verweis auf die territorialen Absprachen zu Lasten mehrerer ostmitteleuropäischer Staaten im Geheimen Zusatzprotokoll wird der Bedeutungsgehalt von »Nichtangriffsvertrag« angezweifelt.

Einen Sonderfall stellt die in der polnischen Opposition gegen das kommunistische System verbreitete Bezeichnung des Pakts als »Vierte Teilung Polens« – nach denjenigen von 1772, 1793 und 1795 – dar. Sie durchbricht das hier vorgeschlagene System zur Ordnung der Begriffsanwendungsgeschichte des Pakts, da mit den Teilungen Polens auf die Jahrhunderte lange russisch-polnische sowie preußisch/deutsch-polnische Konfliktgeschichte rekurriert wird.[32] In dieser Lesart wäre der Hitler-Stalin-Pakt nur deren letzte Ausprägung, während die besondere ideologische und politische Konstellation in den Hintergrund tritt.

31 Zu diesem Typus gehört auch die sprachliche Kurzform »Kommunazi-Pakt«, die Jerzy Buzek, der polnische Präsident des Europäischen Parlaments in einer Rede in Brüssel am 14. September 2009 zum 70. Jahrestag des Pakts als einen Begriff evozierte, den das »Time Magazine« damals verwandt hatte.
Vgl. www.europarl.europa.eu/president/view/de/presspeeches/sp-2009/sp-2009-October/speeches-2009-October-5.html, letzter Zugriff: 21.07.2011.

32 Vgl. Klaus Zernack, Polen und Rußland. Zwei Wege in der europäischen geschichte, Frankfurt a.M./Berlin 1994; Martin Schulze Wessel, Rußlands Blick auf Preußen. Die polnische Frage in der Diplomatie und der politischen Öffentlichkeit des Zarenreiches und des Sowjetstaates 1697-1947, Stuttgart 1995.

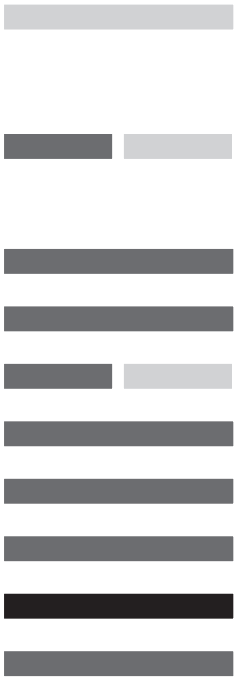


Legende der Kategorien

Deutsch-sowjetischer Nichtangriffsvertrag
Molotow-Ribbentrop-Pakt
Hitler-Stalin-Pakt und *Nazi-Soviet Pact*

Emigration; Dissidenten; Opposition (1939-1989)

Post-1989/91



Kartierung der Erinnerung

Hilfreich bei der Kartierung des europäischer Erinnerungsortes Hitler-Stalin-Pakt, kann ein heuristischer Kunstgriff sein: die Übertragung der historisch-kulturell-religiösen Binnengliederung Europas, die der polnische Exilhistoriker Oskar Halecki in seinem im Zweiten Weltkrieg geschriebenen und während des Kalten Kriegs 1950 veröffentlichten Buch »The Limits and Divisions of European History« vornahm und die sein ungarischer Kollege Jenő Szűcs dann 1983 in einem Essay mit dem Titel »The Three Historical Regions of Europe« geringfügig modifizierte.[35] Halecki und Szűcs identifizierten drei europäische Mesoregionen – »Westeuropa«, »Osteuropa« und einen in der Mitte gelegenen Teil, der bei Szűcs »Ostmitteleuropa« und bei Halecki »Mitteleuropa« heißt. Halecki untergliedert dieses »Mitteleuropa« weiter in eine westliche Hälfte namens »Westmitteleuropa« und einen östlichen Teil, den er, wie Szűcs, dann »Ostmitteleuropa« nennt.[36] Entsprechend ergibt sich folgende erinnerungsgeographische Untergliederung Europas: (a) Westeuropa (ein-

33 Bezüglich des Hitler-Stalin-Pakts können die politische Führung und die Historiographie der DDR als besonders orthodoxe Lesart gelten. Kritische Beiträge aus der sowjetischen Presse zum Oktoberheft 1988 des »Sputnik. Digest der sowjetischen Presse« unter dem Titel »Stalin und der Krieg« wurden zum Anlass genommen, das entsprechende Heft einzustampfen und den Vertrieb des »Sputnik« in der DDR einzustellen. Vgl. auch das Sonderheft des »Sputnik« mit den besten Beiträgen von Oktober 1988 bis Oktober 1989, in dem der Inhalt des Geheimen Zusatzprotokolls gedruckt und vom litauischen Leitartikler Vilius Kavaliauskas kommentiert wurde. Als Rückversicherung ließ die Redaktion des »Sputnik« verlautbaren, dass das Original in sowjetischen Archiven noch nicht ausfindig gemacht worden sei, so dass unanfechtbare Beweise für die Authentizität des Dokuments noch ausstünden, vgl. Sonderheft Sputnik. Digest der sowjetischen Presse. Das Beste aus Sputnik, Oktober 1988-Oktober 1989, Moskau 1988/89, S. 274-276.

34 In Frankreich in der Regel »Pacte Germano-Soviétique«, in polemischer Absicht auch »Pacte Hitler-Staline«.

35 Zu einer Erprobung dieser Vorgehensweise vgl. Stefan Troebst, Das Jahr 1945 als europäischer Erinnerungsort, in: Matthias Weber u. a. (Hg.), Erinnerungsorte in Ostmitteleuropa. Erfahrungen der Vergangenheit und Perspektiven, München 2011, S. 287-297; Ders., Jalta versus Stalingrad, GULag versus Holocaust. Konfligierende Erinnerungskulturen im größeren Europa, in: Berliner Journal für Soziologie 15 (2005), S. 381-400; Ders., Halecki Revisited: Europe's Conflicting Cultures of Remembrance, in: Bo Stråth/Małgorzata Pakier (Hg.), A European Memory? Contested Histories and Politics of Remembrance, London/New York 2010, S. 56-63.

36 Oscar Halecki, Europa. Grenzen und Gliederungen seiner Geschichte, Darmstadt 1957; Ders., Grenzraum des Abendlandes. Eine Geschichte Ostmitteleuropas,

schließlich Nord- und Südeuropa); (b) Westmitteleuropa, das meint »alte« Bundesrepublik und DDR bzw. das wiedervereinigte Deutschland plus Österreich und die Schweiz; (c) Ostmitteleuropa, also die baltischen Staaten, Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei, Ungarn, auch den Donau-Balkan-Raum; und schließlich (d) Osteuropa, d. h. die aus der Sowjetunion hervorgegangenen GUS-Staaten einschließlich der Russländischen Föderation.

Gerade weil die jeweils bis ins Mittelalter zurück gehenden Analysen von Halecki und Szűcs unverkennbar Produkte des Ost-West-Konflikts sind und sie die in Jalta vorgenommene politische Zuordnung des zur »Mitte« (und damit in ihrer Perspektive zum »Westen«) gehörenden »Ostmitteleuropa« zum sowjetisch dominierten »Osteuropa« als Abweichung vom europäischen Entwicklungspfad einstufen, sind ihre Regionalisierungen auch in der Nach-Wende-Zeit adäquat. Milan Kundera hat dafür die berühmte Formel vom *occident kidnappé* als dem 1945 von Stalin »entführten Teil des Westens« geprägt. Im Folgenden seien die vier von Halecki identifizierten europäischen Mesoregionen auf ihre erinnerungskulturelle Signifikanz am Beispiel des *lieu de mémoire* »23. August 1939« überprüft.[37]

Westeuropa

Haleckis Westeuropa – oder präziser der transatlantische »post-alliierte« Raum einschließlich der USA – ist der am klarsten konturierte: Hier ist der 23. August 1939 als Datum der Aufteilung des östlichen Europa in eine nationalsozialistische und eine sowjetische Hälfte in staatlicher Geschichtspolitik wie öffentlich-zivilgesellschaftlicher Erinnerungskultur so gut wie nicht präsent. Vielmehr ist er überlagert von der Erinnerung an das Kriegsbündnis der »Großen Drei«, vom Gedenken an den gemeinsamen Kampf der Mächte der Anti-Hitler-Koalition gegen das »Dritte Reich«, an den D-Day 1944 und den VE-Day 1945, desgleichen vom Holocaust.[38] Am deutlichsten ist dies an der Sicht auf Stalin als zwar brutalem, aber militärisch verlässlichem *Uncle Joe* erkennbar, die in ei-

Salzburg 1952; Jenő Szűcs, Die drei historischen Regionen Europas, Frankfurt a. M. 1990.

37 Die nachstehenden Passagen sind angelehnt an Stefan Troebst, Der 23. August 1939 – ein europäischer *lieu de mémoire*, in: Osteuropa 59 (2009) 7-8, S. 249-256, www.eurozine.com/articles/2009-08-11-troebst-de.html, letzter Zugriff: 31.07. 2011.

38 Stefan Berger, Remembering the Second World War in Western Europe, 1945-2005, in: Małgorzata Pakier/Bo Stråth (Hg.), A European Memory? S. 119-136.

nem krassen Gegensatz zur Hassfigur Hitler steht. Aus britischer Sicht ist der durch den deutschen Angriff auf Polen ausgelöste *Phony War* bzw. »Sitzkrieg« eine Fußnote der Weltkriegsgeschichte, und in französischer Perspektive werden Angriff und Einmarsch der Wehrmacht 1940 als der letzte in der lange Kette deutsch-französischer Kriege sowie als Geschehen *sui generis*, nicht hingegen als Folge des Hitler-Stalin-Pakts gewertet.

Einer der wenigen Artikel in britischen Medien anlässlich des 70. Jahrestags des Pakts, verfasst von dem Londoner Russlandhistoriker Orlando Figes, beschreibt diesen folglich als ausschließlich der Geschichte Mittel- und Osteuropas zuzuordnendes Ereignis sowie als aktuelles Problem in den Beziehungen Russlands zu den baltischen Staaten und zu Polen. Immerhin bezeichnet er das Vorhaben des Europäischen Parlaments, den 23. August zum Europäischen Gedenktag an die Opfer von Stalinismus und Nazismus zu erklären, als »not a bad idea.«[39] Und der in Florida lehrende Europahistoriker Robert Gellately sieht in einem Beitrag für eine einflussreiche US-amerikanische Online-Zeitung das Erinnerungspotential des Hitler-Stalin-Pakts primär in der Bewältigung der sowjetischen Vergangenheit durch die Bürger der Russländischen Föderation:

> »On August 23, 1939 Stalin's agreement with Nazi Germany gave Hitler the green light. That signal was important at the time and seventy years later there is no reason for Russians to deny it. After all, Stalin persecuted them relentlessly, making them pay in torrents of blood as he pursued his dreams and delusions at home and abroad.«[40]

39 Orlando Figes, Viewpoint: The Nazi-Soviet Pact, in: BBC News vom 21. August 2009, http://news.bbc.co.uk/2/hi/8214391.stm, letzter Zugriff: 31.07.2011; vgl. auch Entschließung des Europäischen Parlaments vom 2. April 2009 zum Gewissen Europas und zum Totalitarismus, Brüssel, 02.04.2009, www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2009-0213+0+DOC+XML+V0//DE, letzter Zugriff: 31.07.2011; und Erklärung des Europäischen Parlaments zur Ausrufung des 23. August zum Europäischen Gedenktag an die Opfer von Stalinismus und Nazismus, Brüssel, 23.09.2008, www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P6-TA-2008-0439&language=DE, letzter Zugriff: 31.07.2011.

40 Robert Gellately, Remembering the Nazi-Soviet Pact After Seventy Years, in: The Huffington Post vom 24. August 2009, www.huffingtonpost.com/robert-gellately/remembering-the-nazi-sovi_b_267143.html, letzter Zugriff: 31.07.2011.

Eine regelbestätigende »westliche« Ausnahme ist Kanada, wo der 23. August im Jahr des 70. Jahrestag des Pakts zum offiziellen *Black Ribbon Day* erklärt wurde.[41]

Westmitteleuropa

Im wiedervereinigten Deutschland sind der Hitler-Stalin-Pakt und die gemeinsame deutsch-sowjetische Unterjochung Ostmitteleuropas von 1939 bis 1941 lediglich eine blasse Erinnerung, die weitgehend überlagert wird vom Geschehen der Jahre 1941 bis 1945, d. h. vom »Vernichtungskrieg im Osten«, von »Auschwitz«, »Bombenkrieg«, »Flucht und Vertreibung«, schließlich vom »8. Mai« als Symbol für Niederlage, »Zusammenbruch«, »Besatzung« und »Teilung«, später auch für »Befreiung« von einem tyrannischen Regime und im Westen Deutschlands für Demokratisierung und wirtschaftlichen Wiederaufschwung. Hinzu kommt, dass aus westdeutscher wie heute gesamtdeutscher Sicht auf den Zweiten Weltkrieg die Verantwortung für die Verbrechen von Wehrmacht, Polizei, Einsatzgruppen und SS auf dem Territorium der UdSSR Kritik an Stalin als Bündnispartner Hitlers dämpft – und dass dies auch deutliche erinnerungskulturelle Wirkungen in Form von Selektion und Ausblendung zeitigt. Dass etwa die Wehrmacht und die Rote Armee 1939 im besetzten Polen gemeinsame Paraden abhielten sowie NKVD und Gestapo dort 1940 Koordinierungstreffen durchführten,[42] gehört nicht zum Geschichtsbild hierzulande. Im Kontext des 70. Jahrestags äußerte sich daher ein hauptamtlicher bundesdeutscher Geschichtspolitiker negativ zu Bemühungen, den 23. August zu kommemorieren:

> »Mit der Heraushebung des Hitler-Stalin-Pakts aber wird der 1. September, also der eigentliche Beginn des Zweiten Weltkriegs, abgewertet und der 27. Januar als Gedenktag für alle NS-Opfer relativiert. Es wird der Eindruck erweckt, als seien Krieg und Völkermord das Ergebnis eines Konflikts gewesen, bei dem sich die totalitären Staaten auf der einen und die demokratischen Staaten auf der anderen Seite gegenübergestanden hätten. Nichts ist falscher als das.«[43]

41 Siehe dazu den Beitrag von Stefan Troebst in diesem Band.

42 Siehe dazu den Beitrag von Dan Diner in diesem Band sowie Sławomir Dębski, Między Berlinem a Moskwą. Stosunki niemiecko-sowieckie 1939-1941, Warszawa ^{2}2007.

43 Günter Morsch, Schlachtfeld EU. Wie der Jahrestag des Hitler-Stalin-Pakts für einen erinnerungspolitischen Deutungskampf missbraucht wird, in: Jüdische

Hier soll offensichtlich der historische nationalsozialistische Teufel mit dem postmodernen, aber weiterhin germanozentrischen Beelzebub ausgetrieben werden.

Ostmitteleuropa

Gänzlich anders die Situation in Polen, den baltischen Staaten und anderen Teilen des östlichen Mitteleuropa: Hier ist der Hitler-Stalin-Pakt in der staatlichen, parteipolitischen, medialen, kirchlichen, zivilgesellschaftlichen, familiären und individuellen Erinnerungskultur ein zentraler Orientierungspunkt, der Anfang vom Ende einer kurzen, da erst 1918 einsetzenden »goldenen Zeit« nationaler Unabhängigkeit, politischer Selbstbestimmung und kultureller Entfaltung. In polnischer Perspektive etwa nehmen sich der deutsche Angriff vom 1. September und der sowjetische Einmarsch von 17. September 1939 als zwei Seiten ein und derselben Medaille aus und stehen für den Beginn eines »doppelten« fremden und grausamen Besatzungsregimes.[44] Dass sich dieses im Verlaufe des Jahres 1941 von einem deutsch-sowjetischen in ein rein deutsches wandelte, fällt in dieser Perspektive wenig ins Gewicht. Der polnische Zeithistoriker Marek Kornat hat diese Sichtweise wie folgt beschrieben:

> »Die Ereigniskette Hitler-Stalin-Pakt – deutscher Überfall und sowjetische Aggression – Massendeportationen polnischer Staatsbürger aus den Ostgebieten in die UdSSR – Ermordung polnischer Offiziere in Katyń und andernorts erschien als eine einzige tragische Abfolge historischer Ereignisse, die sich tief in das kollektive Gedächtnis der Polen einprägte.«[45]

Aber auch die militärische Wendung des Blattes von 1944, als die Rote Armee das nationalsozialistische Terror- und Besatzungsregime verdrängte, wird in Polen nur bedingt als Zäsur wahrgenommen. Als eigentlicher Einschnitt werden die Beschlüsse der Konferenz der »Großen Drei« in Jalta im Februar 1945 aufgefasst, als Polen dem sowjetischen

Allgemeine (20.08.2009), www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/1280, letzter Zugriff: 31.07.2011.

44 Grzegorz Hryciuk u. a., Wysiedlenia, wypędzenia i ucieczki 1939-1959. Polacy, Żydzi, Niemcy, Ukraincy. Atlas ziem Polski, Warszawa 2008, S. 36-81, 107-142 und 204-209 (deutsch als Illustrierte Geschichte der Flucht und Vertreibung – Ost- und Mitteleuropa 1939 bis 1959, Augsburg 2009).

45 Marek Kornat, Ideologie und Wahrheit. Der Hitler-Stalin-Pakt in Polens historischem Gedächtnis, in: Osteuropa 59 (2009) 7-8, S. 279-294, hier S. 282.

Hegemonialbereich zugeschlagen und im Anschluss eine polnisch-stali nistische Diktatur errichtet wurde. Kornat hat dies in folgende Formel gefasst:

> »Der Hitler-Stalin-Pakt, Katyń und Jalta sind drei der für Polen wichtigsten Erinnerungsorte des Zweiten Weltkriegs – natürlich neben dem September 1939 und dem Warschauer Aufstand von 1944. Der deutsch-sowjetische Vertrag liegt allem zugrunde, was später kam. In der polnische Erinnerung bleibt der Hitler-Stalin-Pakt das Ereignis, mit dem der Zweite Weltkrieg begann [...]«[46]

und das in der 45jährigen Vorherrschaft der UdSSR über Polen resultierte, die als »zweites Okkupationsregime« nach dem nationalsozialistischen gedeutet wurde.[47]

Fast noch negativer ist die Erinnerung an den 23. August 1939 in den drei baltischen Staaten, gilt doch hier dieses Datum nicht nur als Auftakt zur Zwangssowjetisierung, sondern zugleich zum Verlust der Eigenstaatlichkeit auf lange Jahrzehnte hinaus. Ein baltischer Erinnerungsort an sich ist bereits die Erinnerung an die noch zu Zeiten sowjetischer Repression erfolgten Proteste am jeweiligen Jahrestag des Hitler-Stalin-Pakts während der Perestrojka 1987 und 1988 sowie vor allem zum 50. Jahrestag 1989, als über eine Million Esten, Letten und Litauer eine 600 Kilometer lange Menschenkette von Tallinn über Riga nach Vilnius bildeten.[48]

Osteuropa

In der Russländischen Föderation und anderen GUS-Staaten wird das sowjetisch-deutsche Teilungsbündnis entweder verdrängt oder rabulistisch relativiert. In der Sowjetunion wurde die Existenz des Geheimen Zusatzprotokolls zum Nichtangriffspakt mit seiner »Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären in Osteuropa« bis zum August 1988 geleugnet, ehe der estnische Zeithistoriker Heino Arumäe den Protokolltext erstmals vollständig veröffentlichte.[49] Im Juli des Folgejahres rückte der

46 Ebenda, S. 293.
47 Vgl. dazu den Beitrag von Krzysztof und Małgorzata Ruchniewicz im vorliegenden Band.
48 Vgl. dazu die Beiträge im Teil »Nordosteuropa« des vorliegenden Bandes.
49 Chejno Arumjaė, Eščë raz o sovetsko-germanskom pakte o nenapadenii, in: Sovetskaja Ėstonija vom 17./18. August 1988 (deutsch als Heino Arumäe, Noch ein-

damalige Parteichef Michail Gorbatschow von der sowjetischen Formel ab, die Echtheit des Protokolls sei nicht erwiesen, und am 24. Dezember 1989 rang sich der Kongress der Volksdeputierten zu einer Anerkennung von Existenz und Authentizität des Zusatzprotokolls sowie zu einer Verurteilung seines Inhalts durch.[50] Zwar führte die Öffnung der sowjetischen Archive unter Präsident Boris Jelzin zu einer selbstkritischeren Sicht auf die bilateral koordinierte Okkupation Polens von 1939 bis 1941, gar zur Thematisierung sowjetischer Massenverbrechen wie dem an gefangenen polnischen Offizieren von Katyń im Frühjahr 1940. Allerdings fand dies in der weiterhin staatlich dominierten Erinnerungskultur der neuen Russländischen Föderation kaum Niederschlag.[51] Die Teilrehabilitierung der sowjetischen Vergangenheit im Allgemeinen und Stalins im Besonderen unter Jelzins Nachfolger Wladimir Putin ist der Grund dafür, dass der Hitler-Stalin-Pakt – wie bereits vor 1989 – als bloßes taktisches Manöver sowjetischer Sicherheitspolitik und als ein Schritt gilt, welcher aufgrund der Appeasement-Politik der Westmächte im Herbst 1938 in München gleichsam alternativlos war.[52]

In einem Haleckischen Sinne »osteuropäisch« ist auch die Verortung des 23. August 1939 in den offiziösen Erinnerungskulturen von Belarus und der Ukraine – Sowjetrepubliken, die von der zwischen Berlin und Moskau seinerzeit vereinbarten und 1944 dann rekonstruierten Westerweiterung der UdSSR territorial erheblich profitierten. Selbst die zynische sowjetische Formel vom »Goldenen September« ist hier noch mitunter zu finden – »golden« eben aufgrund der am 17. September 1939 mittels Einverleibung der Osthälfte Polens erfolgten Gebietsexpansion, welche als »Schutzmaßnahme für die in ihren Minderheitenrechten bedrohten Ukrainer und Weißrussen«, gar als »Wiedervereinigung« deklariert wurde.[53] Im ukrainischen Fall ist der Bezug auf den Hitler-Stalin-Pakt zugleich

mal zum sowjetisch-deutschen Nichtangriffspakt, in: Erwin Oberländer (Hg.) Hitler-Stalin-Pakt 1939, S. 114-124, 147.

50 Jan Lipinsky, Das Geheime Zusatzprotokoll; vgl. auch seinen sowie Keiji Satos Beiträge im vorliegenden Band.

51 Victor Zaslavsky, Klassensäuberung. Das Massaker von Katyn, Berlin 2007; Natal'ja S. Lebedeva/A. Pševoz'nik (Andrzej Przewoźnik), Katynskoe prestuplenie, In: Anatolij V. Torkunov/Adam D. Rotfel'd (Hg.), Belye pjatna – černye pjatna. Složnye voprosy v rossijsko-pol'skich otnošenijach, Moskva 2010, S. 280-337; Małgorzata Ruchniewicz/Krzysztof Ruchniewicz, Katyn 1940, in: Gerd R. Ueberschär (Hg.), Orte des Grauens. Verbrechen im Zweiten Weltkrieg, Darmstadt 2003, S. 71-82.

52 Vgl. dazu die Beiträge von Wolfram von Scheliha, Keiji Sato und Jutta Scherrer im vorliegenden Band.

53 Vgl. dazu den Beitrag von Elena Temper im vorliegenden Band.

Teil der Debatte darüber, ob in Erinnerungskultur, Geschichtswissenschaft und Schulbüchern die postsowjetisch modifizierte Vorstellung eines von 1941 bis 1945 vor allem auf dem Gebiet der heutigen Ukraine stattfindenden »Großen Vaterländischen Kriegs« – jetzt mit der Ukraine statt der UdSSR als Vaterland – proklamiert werden soll oder nicht eher diejenige eines 1939 beginnenden »Zweiten Weltkriegs«, gar die eines »Deutsch-sowjetischen Kriegs« auf dem Territorium der Ukraine, aber ohne aktive ukrainische Beteiligung.[54] Eine abschließende Antwort auf die Frage, ob die Eingliederung von Lemberg und Czernowitz in die Ukrainische SSR 1939 als verbrecherischer Akt Stalins oder nicht doch eher als das Ende polnischer und rumänischer Okkupation westukrainischer Gebiete zu werten sei, steht seitens des offiziellen Kiew noch aus.

Europäische Identität durch Erinnerungskonflikte?

Gewicht und Inhalt des europäischen Erinnerungsortes »Hitler-Stalin-Pakt« werden also in den verschiedenen Teilen Europas ganz unterschiedlich bemessen und interpretiert. Im Westen herrscht auf nationaler Ebene Ignoranz vor, im Osten und in der westlichen Mitte Verdrängung, wohingegen in der östlichen Mitte der *lieu de mémoire* »23. August« als weiterhin stark schmerzende gesellschaftliche Narbe wirkt. Vor allem die kontrastierende, ja konfligierende Interpretation dessen, wofür Pakt und Datum stehen, die in Polen und den baltischen Staaten einerseits und in der Russländischen Föderation andererseits vorherrscht, steht einer europäischen Deutung im Konsens nachhaltig entgegen. Der Vorsitzenden der informellen fraktionsübergreifenden Gruppierung »Reconciliation of European Histories. For a better understanding of Europe's shared history« im Europäischen Parlament, Sandra Kalniete, zufolge liegt der Grund dafür darin, »dass die einst getrennten Hälften Europas ein divergierendes Zeitempfinden haben«. Dieses beschreibt sie wie folgt:

> »Für die westlichen Länder sind der Zweite Weltkrieg und dessen Konsequenzen Teil einer ›abgeschlossenen‹ Vergangenheit – einer Epoche, die man durchlebt hat, die diskutiert, in Geschichtsbüchern dokumentiert und in der Literatur und den bildenden Künsten aufgearbeitet wurde. Im Gegensatz dazu hat dieser Prozess in Osteuropa und den baltischen Ländern gerade erst begonnen. Wir befinden uns

54 Wilfried Jilge/Stefan Troebst (Hg.), Divided Historical Cultures? World War II and Historical Memory in Soviet and Post-Soviet Ukraine, Stuttgart 2006 (= Themenheft von Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, 54 [2006], H. 1).

> momentan in einer Phase, die ungefähr den Sechzigerjahren im Westen entspricht – der ›aktiven Gegenwart‹. Die Zeit des Schweigens ist vorbei. Nach vielen Jahren des erzwungenen Schweigens können die Opfer und die Gesellschaft als Ganzes endlich über das, was geschehen ist, sprechen.«[55]

So naheliegend es aus der Sicht der paneuropäischen Institutionen Europarat, OSZE und Europäische Union daher auch war, den 23. August zu einem Europäischen Gedenktag zu machen – und damit die Erinnerung an den Nationalsozialismus mit derjenigen an den Stalinismus zusammenzuführen –, so unvermeidbar waren und sind die sich daran entzündenden Kontroversen zwischen nationalen Geschichtspolitike(r)n. Dies ist nun aber mitnichten ungewöhnlich, werden doch auch Epochensignaturen wie etwa »1945« oder »1968« von den Europäern hochgradig unterschiedlich, mitunter gar gegensätzlich erinnert. Sie geben nicht selten Anlass zu Streit –, und trotzdem kommt ihnen transnationale, identitätsstiftende Bedeutung für Teilräume Europas – Haleckis Geschichtsregionen – zu. Umstritten ist in gewisser Weise selbst die Epochenzäsur »1989« als Ende von Kaltem Krieg, atomarer Bedrohung und kommunistischer Diktatur, gilt diese Wendemarke doch den einen als Befreiung mittels »friedlicher Revolution«, anderen indes als unmittelbare Ursache für »die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts«. Konsensuale europäische Erinnerungsorte – dies belegen das Beispiel der 2000 in Stockholm gleichsam kodifizierten transatlantischen Holocaust-Kommemoration, aber auch dasjenige der gesamteuropäischen Erinnerung an den Ersten Weltkrieg als ein katastrophisches Erleben, welches mittlerweile als ein gemeinsames gedeutet wird, sowie in Ansätzen auch die zentraleuropäische Vertreibungserinnerung[56] – bilden sich aber gerade aus Verdrängung,

55 Sandra Kalniete, Europa muss sich über die Bewertung der Totalitarismen in seiner Geschichte des 20. Jahrhunderts verständigen, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2009, S. 359-369, hier S. 364.

56 Jens Kroh, Transnationale Erinnerung. Der Holocaust im Fokus geschichtspolitischer Initiativen, Frankfurt a. M. / New York 2008; Paul Fussell, The Great War and Modern Memory, Oxford 2000; Barbara Korte / Sylvia Paletschek / Wolfgang Hochbruck (Hg.), Der Erste Weltkrieg in der populären Erinnerungskultur, Essen 2008; Konrad H. Jarausch, Konfligierende Erinnerungen. Nationale Prägungen, Verständigungsversuche und europäische Geschichtsbilder, in: Christian Joerges / Matthias Mahlmann / Ulrich K. Preuß (Hg.), »Schmerzliche Erfahrungen der Vergangenheit« und der Prozess der Konstitutionalisierung Europas, Wiesbaden 2008, S. 15-25; Stefan Troebst, Europäisierung der Vertreibungserinnerung? Eine deutsch-polnische *Chronique scandaleuse* 2002-2007, in: Martin Aust / Krzysztof Ruchniewicz / Stefan Troebst (Hg.), Verflochtene

Ignoranz und Streit heraus. Der polnische Soziologe Marek Prawda, 2006 bis 2011 Botschafter Polens in Deutschland, spricht daher zu Recht von »ermutigenden gemeinsamen Versuchen, Elemente einer europäischen Erinnerungskultur gerade dort zu suchen, wo es am schwierigsten erscheint.«[57]

Erinnerungen. Polen und seine Nachbarn im 19. und 20. Jahrhundert, Köln u. a. 2009, S. 245-274.

57 Marek Prawda, Geteilte Erinnerung in einem vereinten Europa. Diktaturaufarbeitung zwischen Vergangenheitskonkurrenz und Erinnerungspolitik, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2009, S. 371-376, hier S. 373.

Dan Diner

Gegenläufige Gemeinsamkeiten. Der Pakt als Ereignis und Erinnerung

Brest ist ein denkwürdiger Ort. Seine namensgleiche Festung war in den Jahren 1836/42 als russisch-imperiales Bollwerk errichtet worden. Sie war Teil eines Gürtels gleichartiger Anlagen, welcher das als aufbegehrend erachtete Herzogtum Warschau umspannen und seine Bevölkerung dem Zaren botmäßig machen sollte. Zudem galt es, mögliche Einfälle aus dem Westen ins Landesinnere abzuwehren. Als Brest-Litowsk, als das litauische Brest, kündet sein Name von der großen frühneuzeitlichen Epoche der polnisch-litauischen Doppelmonarchie. Der in Riga 1921 besiegelte, den polnisch-sowjetischen Krieg vom Vorjahre beendende Frieden hat Polen mit einer weit nach Osten ausladenden Grenze ausgestattet – die Stadt Brest eingeschlossen. Zuvor, aber auch danach, sollte das »litauische« Brest seiner Bedeutung als geopolitisch aufgeladener Erinnerungsort genügen. So als Stätte des Abschlusses des deutsch-sowjetischen (Diktat-) Friedens vom März 1918, damals, als Lenin des Überlebens der Revolution wegen den Verlust weiter russländischer Territorien im Westen hinzunehmen sich genötigt sah. Unvergessen ist Brest aber auch als Ort einer weiteren denkwürdigen deutsch-sowjetischen Begegnung. Diese ereignete sich am 22. September 1939 in Gestalt einer gemeinsam abgehaltenen Truppenparade – so jedenfalls die reich bebilderte Berichterstattung in der NS-deutschen Presse – und dies in Erfüllung des dem im August besiegelten Hitler-Stalin-Pakts attachierten Geheimen Zusatzprotokolls zur Abgrenzung zwischen den deutschen und sowjetischen Einflusssphären in Nordost- und Ostmitteleuropa. Wenige Tage später sollte mit dem Fall Warschaus und der militärischen Liquidierung der Republik Polen ein nachgetragener deutsch-sowjetischer Grenz- und Freundschaftsvertrag das Geschehene ratifizieren.

Die in Brest gemeinsam durchgeführte Truppenparade von Wehrmacht und Roter Armee wurde von Generaloberst Heinz Guderian und Brigadegeneral Semjon M. Krivošein abgenommen. Auf einem eilig gezimmerten Podest im Kreise ihrer Untergebenen stehend, lächeln sich die Protagonisten selbstzufrieden zu. Unbekannt waren sie einander nicht gewesen, wenn sie sich zuvor wohl kaum begegnet sein durften. Guderian wie Krivošein waren hochrangige Panzeroffiziere ihrer jeweiligen Streitkräfte. Die von Guderian als eigenständig agierende Gattung entwickel-

te Panzerwaffe hatte zu Zeiten Weimars den militärischen Kautelen des Versailler Vertrags zuwiderhandelnd im Geheimen an der sowjetischen Panzerschule zu Kasan trainiert. Der deutsch-sowjetische Berliner Vertrag von 1926, parallel zum Beitritt des Reichs zum Völkerbund, dem westlich dominierten System der kollektiven Sicherheit und diesen damit ausgleichend, diente zur Beruhigung der Sowjets sowie der Fortsetzung der seit Rapallo 1922 vertraglich stipulierten gemeinsamen Kooperation – auch und gerade der militärtechnischen Zusammenarbeit. Von Michail Tuchačevskij, legendärer Sowjetmarschall, ist der bemerkenswerte Ausspruch überliefert, dass alles, was die Rote Armee geworden sei, sie der Reichswehr zu verdanken habe.

Der mit Guderian in Brest das Ehrenpodest teilende Krivošein gehörte der mittleren Militärgeneration der Sowjets an. Als junger Mann ritt er im Bürgerkrieg mit in der sagenumwobenen Ersten Kavallerie-Armee unter Semjon Budjonny, der durch Isaak Babel auch literarisch kanonisierten Reiterarmee. Im spanischen Bürgerkrieg befehligte er die Panzerstreitkräfte der Republik in der Schlacht um Madrid. Im vergessenen japanisch-sowjetischen Grenzkrieg im mandschurisch-mongolischen Bereich 1938/39 kommandierte er eine gepanzerte Brigade in der Schlacht am Chassan-See. Einen Tag nach Abschluss des den Krieg beendigenden japanisch-sowjetischen Vertrags vom 16. September 1939 traten im Westen sowjetische Truppen über die als internationale polnische Ostgrenze geltende ethnographische Curzon-Linie, um sich an der Erledigung der polnischen Republik zu beteiligen – dem »Bastard von Versailles«, den verächtlichen Worten Wjatscheslaw Molotows zufolge. Mit der Erfüllung eben dieses Auftrags sollte Krivošeins Militärkarriere nicht enden. Er kämpfte im finnisch-sowjetischen Winterkrieg 1939/40 und spielte eine herausragende Rolle bei der Panzerschlacht von Kursk vom Juli 1943, dem wohl größten Aufgebot von Panzertruppen in der Geschichte. Beim sowjetischen Vormarsch auf das Reichsgebiet durchbrachen Krivošeins Einheiten die deutschen Linien bei den Seelower Höhen und erreichten als erste das Gebäude des Reichtags zu Berlin.

Das am 23./24. August 1939 zwischen dem deutschen und sowjetischen Außenminister von Ribbentrop und Molotow besiegelte Bündnis in Form eines Nichtangriffspakts hatte damals allseits große Verwunderung, gar Bestürzung ausgelöst. Vor allem bei jenen, die an einen alles umfassenden Bürgerkrieg der Ideologien festzuhalten gedachten – vornehmlich dem zwischen Faschismus und Kommunismus. Hierfür gab es damals in der Tat Anhaltspunkte zu Hauf. Doch mit dieser ideologischen Deutungslinie lief eine andere einher – eine weitaus ältere zudem und unter Umständen auch eine historisch nachhaltigere: die des geo- und

machtpolitischen Kalküls, von dessen Geboten Stalin zutiefst überzeugt war.

Eine der möglichen Varianten der sich im ersten Halbjahr 1939 neu stellenden europäischen Bündnisfrage waren die wieder aufgenommenen, nach 1933 abgebrochenen, vormals guten deutsch-sowjetischen Beziehungen – diesmal jedoch mit dramatischen Folgen. Diese Option reifte heran, als die seit den frühen 1920er Jahren geltende Architektur der kollektiven Sicherheit in Europa vornehmlich in der zweiten Hälfte der 30er Jahre zunehmend brüchig wurde. Begonnen hatte dies – und angesichts der späteren Ereignisse – paradoxerweise mit dem gutes Einvernehmen signalisierenden deutsch-polnischen Nichtangriffspakt vom Januar 1934. Mit diesem Abkommen wurde in Europa eine metastasierende Tendenz des Bilateralismus ausgelöst, eine Tendenz, die dem auf der Institution des Völkerbunds beruhenden System der multilateral gehaltenen internationalen Ordnung der kollektiven Sicherheit zuwiderlief. Polen, das sich zunehmend als ein eigenständiges, mittleren Großmachtstatus anstrebendes Kraftzentrum in Ostmitteleuropa empfand und dabei mit allen seinen Nachbarn, von Rumänien abgesehen, schwärender Grenz- und Minderheitenfragen wegen über Kreuz lag, meinte sich durch eine Annäherung an Deutschland Entlastung vor allem gegenüber der Sowjetunion zu verschaffen, welche gerade zuvor in den Völkerbund eingetreten war. Angesichts dieser Veränderung befürchtete Polen, Moskau könnte sich den Minderheitenschutz des Völkerbunds zu Nutze machen, indem es sich der Interessen der doch erheblichen Zahl der in Polen als seine Bürger lebenden ethnischen Ukrainern und Belarussen annahm. So war das mit Deutschland geschlossene Nichtangriffsabkommen auch die Voraussetzung der bald darauf erfolgten einseitigen Kündigung der durch den Völkerbund garantierten Minderheitenschutzverträge durch Polen.

Der Verfall des Genfer Systems der kollektiven Sicherheit erreichte mit dem Münchner Abkommen vom September 1938 zur Amputation der Tschechoslowakei seinen Höhepunkt. So war zum Abschluss des Abkommens zur unmittelbaren Verhinderung eines Krieges der guten multilateralen Ordnung wegen zwar Benito Mussolini gemeinsam mit Neville Chamberlain und Édouard Daladier bei skandalöser Abwesenheit der Tschechoslowaken mit an den Tisch gebeten worden. Die mit der ČSR vertraglich verbundene Sowjetunion indes war von den dort vor sich gehenden Deliberationen ferngehalten worden. Diese Konstellation schien die ohnehin seit geraumer Zeit frei flottierenden Gerüchte weiter zu nähren, die Westmächte hegten der Sowjetunion gegenüber feindliche Absichten und trachteten danach, die negative Energie Hitlers nach Osten zu lenken – und dies womöglich mit Zustimmung oder gar unter Beteiligung Polens, ein Land, das wie das immerhin als revisionistisch

bekannte Ungarn sich seinerseits an der territorialen Kannibalisierung der ČSR beteiligte, als es sich das zwischen beiden Ländern umstrittene Olsa-Gebiet militärisch einverleibte. Vor diesem Hintergrund schien es nicht überraschend, als sich im März 1939 Stalin auf dem 18. Parteitag der KPdSU in seiner als »Kastanienrede« notorisch gewordenen *Philippika* gleichlautend gegen die faschistischen Aggressoren Japan und Deutschland als auch gegen die nunmehr als nicht weniger kriegslüstern erachteten Westmächte äußerte. Diese Gleichsetzung machte freilich eine jegliche Bündniskonstellation denkbar. Mit der im Mai erfolgten Ablösung des als prowestlich geltenden sowjetischen Außenministers Maksim Litvinov sowie mit von den Westmächten kaum erfüllbaren Ansprüchen, Moskau Durchmarschrechte durch Polen und Rumänien auch ohne deren Einwilligung zu gewähren – Staaten, denen gegenüber sich die Sowjetunion Territorialforderungen vorbehielt – machte eine gegen Deutschland gerichtete Dreieroption zwischen England, Frankreich und Russland immer weniger wahrscheinlich. Umso wahrscheinlicher schälte sich die Möglichkeit eines deutsch-sowjetischen Zusammengehens heraus. Bereits Anfang April hatte Hitler den »Fall Weiß«, den Angriffsbefehl auf Polen, unterzeichnet, wovon die Sowjets zeitnah Kenntnis hatten. Kurz zuvor hatten England und Frankreich, nicht zuletzt als Reaktion auf den Mitte März erfolgten deutschen Einmarsch nach Prag und damit in die sog. Resttschechei, die Unversehrtheit Polens vor möglichen weiteren Ansinnen Hitlers garantiert. Diese Garantieerklärung schob auch denkbaren sowjetischen Gebietsforderungen einen Riegel vor. Damit waren territoriale sowjetische Begehrlichkeiten auf polnische Gebiete und womöglich darüber hinaus nur über ein Mitwirken NS-Deutschlands zu erlangen.

Über diese konjunkturell sich einstellenden Lagen schoben sich längerfristig ausgreifende Überlegungen. So rechnete Stalin ohnehin mit einem drohenden »imperialistischen« Krieg zwischen den kapitalistischen Staaten – und dies in Analogie zum Ersten Weltkrieg. Für eine solche Eventualität galt es sich zwischenzeitlich sicher zu positionieren. Wie das revolutionäre Russland damals aus dem Großen Krieg ausgeschert war, sei es heute an der Sowjetunion, sich von den ankündigenden Händeln fernzuhalten. Zudem hatte Stalin im russischen Bürgerkrieg als politischer Kommissar der Südlichen Front die 1918 erfolgte sowjetfeindliche Intervention von Franzosen und Briten noch in bester Erinnerung. Und diese wiederum verband sich im russischen Gedächtnis mit dem emblematischen, gegen die Westmächte 1853/56 geführten Krimkrieg. Wie in einem Wiederholungszwang die alten geopolitischen Konstellationen betreffend, hatten Briten und Franzosen angesichts der Folgen des im August 1939 geschlossenen deutsch-sowjetischen Pakts und der sich in seinem Gefolge wieder voll anlaufenden Wirtschaftskooperation – vor allem angesichts

der für die deutsche Wehrmacht so existenziellen Öllieferungen aus den sowjetischen Fördergebieten um Baku – im Frühjahr 1940 Planungen betrieben, diese aus der Luft von Stützpunkten im Irak und Syrien ausgehenden und über türkisches und iranisches Territorium geführten Angriffe zu bombardieren. Auch Pläne für ein gemeinsames anglo-französisches amphibisches Vorgehen an der nördlichen Schwarzmeerküste sollen sich in Planung befunden haben. Dies jedenfalls war den im Frühsommer in deutsche Hände geratenen französischen Militärdokumenten zu entnehmen, die den Sowjets in der Absicht zugespielt wurden, um diese vor denkbaren britischen Avancen zu immunisieren.

Bis um die Mitte der 1930er Jahre hatte sich die internationale Großwetterlage noch anders ausgenommen. Nach einer Phase der Isolierung hatte sich die Sowjetunion den Westmächten und dem mit ihnen verbundenen System der kollektiven Sicherheit sukzessive angenähert. Nach dem Rückzug Deutschlands und Japans aus dem Völkerbund war Moskau 1934 in die Genfer Liga aufgenommen worden. 1935 schloss es mit der damals bedeutendsten Militärmacht des Kontinents, mit Frankreich, ein militärisches Beistandsabkommen. Hierzu parallel schwenkte die Komintern von einem in Deutschland gescheiterten Konfrontationskurs gegen die des Sozialfaschismus geziehenen Sozialdemokratie in Richtung einer Politik der Volksfront. Dabei stand Frankreich im Zentrum einer solchen Tendenz. Zudem sorgte sich Stalin in den Jahren der Politik des verschärften Klassenkampfes nach innen, einer grausamen sozialen Kriegsführung gegen die eigene Bevölkerung in Gestalt von Zwangskollektivierung und anderer Atrozitäten an den äußeren Grenzen um Ruhe und Frieden. Indes waren schon damals außen- und sicherheitspolitische Alternativen zum Westkurs des Landes nicht verborgen geblieben – vor allem seitens der traditionell deutschfreundlichen Spitze der Roten Armee. So ist überliefert, wie enthusiastisch Tuchačevskij bei einem im März 1936 erfolgten Empfang in der italienischen Botschaft zu Moskau – zum faschistischen Rom pflegte man beste Beziehungen, vor allem waren die Sowjets zu Lieferungen von dringend bedurftem Rohöl auch und gerade dann bereit, als Italien seines Kriegs in Äthiopien einem Wirtschaftsboykott des Völkerbundes unterlag – dem dort anwesenden deutschen Geschäftsträger zur gerade erfolgten einseitigen deutschen Remilitarisierung des Rheinlandes gratulierte und die allseits sichtbar dargebotene Freude darüber zudem mit Champagner begoss.

Die vornehmlich von den Kadern der Roten Armee verfolgte Option eines Zusammengehens mit Deutschland sollte zu der von Stalin – nicht zuletzt von deutschen Ränken ausgelöst – befohlenen Vernichtung fast der gesamten, des »Bonapartismus« verdächtigten Führung der Roten Armee, Tuchačevskij eingeschlossen, führen. Sein Todesurteil wur-

de aufschlussreicher Weise von Offizieren unterzeichnet, die der Ersten Reiterarmee und damit Stalin als Politkommissar der Südlichen Front während des Bürger- und Interventionskriegs unterstanden – mit Budjonny an der Spitze. Die im Sommer 1939 eingeleitete Annäherung an Deutschland wurde indes von einem militärischen Milieu eingeleitet, auf das Stalin eher zu setzen schien und zu dem auch Brigadegeneral Krivošein gehörte. Anlässlich jenes denkwürdigen Zusammentreffens von deutscher Wehrmacht und sowjetischer Roten Armee in Brest wusste er die in Moskau kurz zuvor mit dem Hitler-Stalin-Pakt eingeleitete Wende dergestalt zum Besten zu geben, als er Guderian guten Erfolg im Vorgehen gegen die inzwischen mit dem Reich im Kriegszustand sich befindlichen Westmächten wünschte. Als der »imperialistische« Krieg im Frühsommer 1940 indes wider sowjetischem Erwarten nicht die erhofften Muster des Großen Kriegs der Jahre 1914/18 nach sich zog, sondern stattdessen in einem für alle überraschenden französischen Zusammenbruch endete, nahmen sich die damals von Molotow der Reichsführung übermittelten Glückwünsche schon erheblich verhaltener aus. Und als die Sowjetunion als Reaktion auf den deutschen Sieg über Frankreich die baltischen Republiken überhastet annektierte, stieß dieses Vorgehen in Berlin nicht gerade auf einhellige Zustimmung. Zunehmend bildeten sich am Horizont die Konturen zukünftiger deutsch-sowjetischer Zwistigkeiten aus – und dies vor allem anhand widerstreitender Bestrebungen auf dem Balkan, genauer in Bulgarien, das Stalin zu einem die Kontrolle über die Meerengen ersetzenden Stützpunkt auszubauen trachtete. Dies alles erfolgte freilich noch im Rahmen traditioneller Machtpolitik und damit ganz unabhängig von dem ideologisch feststehenden Begehren Hitlers, die Sowjetunion alsbald in einem verheerenden Vernichtungskrieg niederzuwerfen.

Bei näherem Hinsehen erweist sich die gemeinsame deutsch-sowjetische Parade in Brest an jenem 22. September 1939 indes als nicht so einvernehmlich, wie die deutsche Berichterstattung und das öffentlich dargebotene Filmmaterial es zu suggerieren gedachten. Die weiterhin und trotz aller Absprachen beständig das deutsch-sowjetische Verhältnis durchziehende Ambivalenz lässt sich anhand der Choreographie des Unternehmens vorgeblichen Einvernehmens ablesen. Es mag verwunderlich anmuten: Recht eigentlich konnte damals von einer gemeinsamen Parade nicht wirklich die Rede gewesen sein. So haperte es bereits damit, das Vorhaben zeitlich zu koordinieren. Nach ständigen und an Brüskierung grenzenden Verzögerungen ergab sich endlich zudem der von den Deutschen so heiß ersehnte Fototermin auf dem hölzernen Podest – eine spektakuläre Momentaufnahme, die Goebbels zur allseitigen Beruhigung der deutschen Bevölkerung benötigte, von einer sich womöglich ankündigenden

Deutsch-sowjetische Siegesparade in Brześć Litewski in Polen (heute Brest in Belarus), 22.09.1939 (BArch 101 I-121-0011 A-23 / Gutjahr).

militärischen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion könne nicht die Rede sein, ein befürchteter Zweifrontenkrieg bahne sich jedenfalls nicht an. Zudem ist bei genauerem Hinsehen erkennbar, dass Krivošein allein, jedenfalls ohne weitere militärische sowjetische Entourage, auf dem Bilde zu sehen ist. Umringt werden die beiden Befehlshaber allein von deutschen Uniformträgern. Sowjetische Offiziere sind auf der aus verschiedensten Perspektiven von deutschen Militärfotografen abgelichteten Szene jedenfalls nicht zu erkennen. Allein eine sowjetische Militärkapelle war aufgezogen. Sie war aber so weit seitlich platziert, dass sie fotografisch nicht in das von deutscher Seite inszenierte Panorama der Gemeinsamkeit mit aufgenommen werden konnte. Zu guter Letzt kann auch nicht von einer gemeinsamen Parade gesprochen werden. Auf den Bildern ist zwar der Vorbeimarsch deutscher motorisierter Verbände zu erkennen, aber kein gemeinsames Defilee. Die Deutschen waren in Absprache mit den Sowjets vielmehr auf dem Wege aus der Stadt begriffen, die nunmehr unter sowjetisches Kommando fiel. Es handelt sich bei dem Unternehmen also um einen nach Plan erfolgten deutschen Abzug aus Brest, begleitet von allerlei gezwungenen Freundlichkeiten. Die von den Militärfotografen geschossenen Bilder vermögen nur in einer kommentierten Gesamtschau das Bild einer gemeinsamen Parade ergeben – so wie in der »Illustrierten

Zeitung« geschehen und von anderen gleichgeschalteten Organen im Reich dergleichen abgebildet.

Eine solche Deutung der Szene will keineswegs den in der polnischen Frage ebenso angestrebten wie realisierten deutsch-sowjetischen Akkord schmälern. Indes werden an den die gemeinsame deutsch-sowjetische »Parade« betreffenden Manövern der beiden Seiten jene Spannungen ablesbar, die das deutsch-sowjetische Verhältnis trotz oder auch wegen der unerwarteten Konjunktur des Sommers 1939 durchzogen und letztendlich in jenen Krieg mündeten, den Hitler schon immer gewollt hatte. Nicht nur der unter großen Erschwernissen zustande gekommene Fototermin in Brest ist hierfür signifikant – wenn es sich auch um einen zugegeben abseitigen Aspekt handeln mag. Auch die polnische Reaktion auf den sowjetischen Einmarsch vom 17. September, der auffälliger Weise kaum von wirklichen Kämpfen zwischen Polen und Sowjets begleitet war, verweist bei aller im Zeichen von Hitler und Stalin erfolgten Übereinkunft auf nicht unerhebliche Unterschiede. So hat das polnische Oberkommando die polnischen Heereseinheiten angewiesen, sich den Deutschen mit der ganzen ihnen zur Verfügung stehenden Macht entgegenzuwerfen, den Sowjets gegenüber aber Zurückhaltung zu üben. Bis auf ganz wenige Zusammenstöße zwischen polnischen und sowjetischen Streitkräften, etwa bei Lwow, ist dies auch tatsächlich so gehandhabt worden. Während nämlich zwischen Deutschland und Polen ein regelrechter Krieg im Gange war, sind die Sowjets in Polen eher einmarschiert. Am Unterschied der Intensität ändert auch der Umstand wenig, dass die polnischen Streitkräfte von den Deutschen Mitte September militärisch bereits weitestgehend geschlagen, die Sowjets also in einen bereits abflauenden Krieg eingetreten waren – ein Umstand der sich auch anhand der in Brest erfolgenden Übergabe niederschlägt. Die Deutschen waren schließlich im Kampf gegen die polnische Armee weit über jene Linie hinaus vorgestoßen, die sie von den Sowjets vereinbarter Dinge wegen auf polnischem Gebiet trennen sollte. Und nicht zu vergessen: Die Sowjets hatten noch die Konfrontation mit Japan im mongolisch-mandschurischen Grenzgebiet abzuschließen. Dieser Zusammenhang war den Polen im Übrigen nicht entgangen, worauf ihre vorausgegangenen Bemühungen um einen japanisch-polnischen Akkord verweisen mögen. Indes wird hinsichtlich der Konstellation Deutschland – Polen – Russland dennoch so etwas wie eine qualifizierende Unterscheidung sichtbar. Sie wird sich auch und geradezu paradigmatisch während des Warschauer Aufstands vom August 1944 abspielen: Die polnische Heimatarmee schlug militärisch zu einem Zeitpunkt gegen die Deutschen los, um den Sowjets bei der in Aussicht stehenden Einnahme der Stadt durch die Rote Armee politisch zuvorzukommen.

Aus polnischer Perspektive und leidvoller geopolitisch bedingter Erfahrung mit seinen übermächtigen Nachbarn im Westen wie im Osten nahm sich das deutsch-sowjetische Zusammenspiel des Jahres 1939 aus wie eine historische Wiederholung des Altbekannten. Erlebt wurden der deutsche Überfall und die sowjetische Teilnahme an diesem Unternehmen als vierte Teilung des Landes – freilich verschärft um ein ideologisches Novum: Den als gleichermaßen totalitär erfahrenen Regimecharakter des Nationalsozialismus deutscher Nation und des Kommunismus russischer Prägung. Der sich daraus ergebende polnische Antitotalitarismus ist dieser Umstände wegen national imprägniert, was den jeweiligen Regimecharakter von Nazis und Sowjets keineswegs mindert. Dieser freilich fällt im Großen und Ganzen unter das Primat der nationalen Deutung, und diese wird als Wiederkunft des historisch Bekannten interpretiert. So gehen Anteile des nationalen Gedächtnisses und die letztendlich voneinander verschiedenen Anteile des Regimecharakters der Feinde Polens wesentlich unterschiedslos ineinander über. So wird die tragische machtpolitische Konstellation des zwischen Deutschland und Russland gelegenen Landes in ein freiheitliches, tief im 19. Jahrhundert verwurzeltes Pathos überführt. Dies hat zur Folge, dass der 23. August 1939 auch zu einer Art von Gründungsdatum der Verkehrung all dessen, was der Tugend der Freiheit in Gestalt der polnischen Nation entspricht. Ihre Kreuzigung als Christus unter den Völkern findet sein gleichsam liturgisches Bild in dem Ereignis von Katyń, als im Wald bei Smolensk im Frühjahr 1940 tausende von polnischen Offizieren und Angehörige der Intelligenz als Fleisch gewordene Verkörperung des nationalen Polen vom sowjetischen NKWD hingemetzelt wurden. Die sich daran anknüpfende Emblematik der Erinnerung verbindet übergangslos Vergangenheit und Gegenwart mittels einer die von der Wirklichkeit gestifteten Unterschiede einebnenden politischen Liturgie.

Auch für die westliche, vornehmlich angelsächsische Vorstellung von Totalitarismus ist der 23. August 1939 so etwas wie ein Gründungsdatum, wenn auch von einer anderen Art als dessen polnische Variante. Die anfängliche Bestürzung im liberalen Westen darüber, dass offensichtlich antagonistische Regime wie Nationalsozialismus und Kommunismus über Nacht ihre Gegensätze hintanzustellen in der Lage sind, um gemeinsam negativ zu handeln (»negative Polenpolitik«), hat der späterhin wirksamen Theorie vom Totalitarismus Auftrieb gegeben – vor allem in der Zeit des Kalten Krieges. Die Gemeinsamkeit wurde in der institutionellen Ungebundenheit politischen Handelns ausgemacht. Allein Diktatoren des Typs von Hitler und Stalin und der von ihnen verkörperten Regime vermochten es, mittels einer nicht voraussehbaren Kehre, gleichsam aus dem Stand heraus, ohne Vorbereitung der öffentlichen Meinung, ohne parla-

mentarische und ohne repräsentative Abstützung eine sich dem gesunden Menschenverstand bzw. dem Geist der Zeit verschließende Konstellation herbeizuführen. In Verbindung mit der auf »München« 1938 folgenden Enttäuschung, Diktatoren nicht konsequent entgegengetreten zu sein, verdichtete sich das Bild in den späten 1930er Jahren zu einer für realistisch gehaltenen politischen Theorie der internationalen Beziehungen wie für die politische Kultur des Westens überhaupt.

Der Erinnerungsort

Jan Lipinsky

Die Rezeptionsgeschichte des Hitler-Stalin-Pakts in Ostmitteleuropa (1939-1999)

Der Hitler-Stalin-Pakt ist untrennbar mit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs verbunden, beschleunigte dessen Entfesselung, ja ermöglichte ihn zum damaligen Zeitpunkt und in der damaligen Konstellation. Es liegt daher nahe, den Vertrag als historisch einmaligen, in der europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts ohne Parallele gebliebenen »Kriegs-, Teilungs- und Vernichtungspakt«[1] zu charakterisieren. Er war wegen seines zweiten Artikels, dem eine Rücktrittsklausel fehlte, und vor allem aufgrund des untrennbar mit ihm verbundenen Geheimen Zusatzprotokolls,[2] ein Angriffspakt gegen Ostmitteleuropa, in dem sich sowjetische imperiale und expansive Pläne sowie deutsches Kriegsstreben trafen.

Die Umsetzung des Geheimen Zusatzprotokolls veränderte Ostmitteleuropa gravierend und dauerhaft. Vier Staaten (Polen, Estland, Lettland, Litauen) verloren ihre Unabhängigkeit, von denen die drei baltischen diese erst 1990/91 wiederherstellen konnten. Finnland entging nur dank mutiger Kriegsbereitschaft und günstigem Kriegsverlauf diesem Schicksal. Für diese fünf Staaten sowie für Rumänien steht der Pakt zudem am Beginn von Grenzverschiebungen und millionenfachem Tod. Seine politischen, wirtschaftlichen, rechtlichen und soziokulturellen Folgen bestimmten das Leben von Millionen Menschen und damit Geschichte und Politik von Ost- bzw. Ostmitteleuropa weit über 50 Jahre. In vielerlei Hinsicht wirken sie bis heute fort.

Insofern erscheint es gerechtfertigt, die Rezeptionsgeschichte des Hitler-Stalin-Pakts maßgeblich an der jeweiligen Auseinandersetzung mit dem Protokoll zu orientieren. Bis heute bleiben dabei manche Fragen seines Zustandekommens, seines Bekanntwerdens, seiner Überlieferung, seines diplomatischen Gebrauchs und seiner politisch verordneten Tabuisierung

1 Ernst Nolte, Der europäische Bürgerkrieg 1917-1945. Nationalsozialismus und Bolschewismus, Frankfurt a. M. / Berlin 1987, S. 311.

2 Vgl. zu Nichtangriffsvertrag und Geheimen Zusatzprotokoll: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (ADAP) 1918-1945. Aus dem Archiv des Deutschen Auswärtigen Amtes, Serie D (1937-1945), VII, Baden-Baden 1956, Nr. 228, S. 205 f. bzw. Nr. 229, S. 206 f. bzw. den Abdruck in: Erwin Oberländer (Hg.), Hitler-Stalin-Pakt 1939. Das Ende Ostmitteleuropas? Frankfurt a. M. 1989, S. 125-130.

ungeklärt.[3] Der Verantwortung für die mehr oder weniger deutliche, überzeugte und bereitwillige Mitwirkung an der unwissenschaftlich-einseitig verfälschenden, Lügen statt faktengestützte Wahrheit verbreitenden historiographischen Behandlung des Zusatzprotokolls haben sich die meisten, ehemals marxistisch-leninistisch argumentierenden Historiker erst noch zu stellen.

Jede Rezeption setzt Kenntnis voraus. Interessanterweise blieb schon 1939 das Zusatzprotokoll nicht lange geheim. Vielmehr erfuhren die Regierungen der im Protokolltext ausdrücklich erwähnten Territorien (und speziell die deutsche Bevölkerung) die Bündnispartner bzw. Kriegsgegner von Adolf Hitler und Josef Stalin sowie neutrale Staaten mehr oder weniger umfassend von Existenz, Inhalt, ja sogar Wortlaut des Dokuments. Sie erhielten Informationen teils noch vor Kriegsbeginn durch gezielten Verrat, teils im Zuge der militärpolitischen Operationen durch kritische Analyse der eingetretenen Veränderungen, teils durch geschickt von London, Paris, Berlin oder Moskau aus lancierte Gerüchte oder dank guter persönlicher diplomatischer Kontakte. Sowohl Hitler als auch Stalin nutzten das Zusatzprotokoll zudem, um in Moskau das Baltikum und in Berlin den Balkan zu erpressen. Stalin stellte sich als Beschützer der territorialen Einheit Lettlands und Litauens dar und warf zugleich Hitler Teilungsgelüste vor, während er insgeheim selbst die Okkupation vorbereitete. Hitler dagegen nahm im Spätsommer 1940 wegen des geplanten Angriffs auf die Sowjetunion eine operativ-strategisch-wirtschaftliche Neubewertung von Staaten vor, die laut Buchstabe und Geist der geheimen Protokolle vom Vorjahr in der sowjetischen Interessensphäre lagen, und prangerte dabei zunehmend die drohende sowjetische Expansion an (ganz offen beispielsweise in seiner Reichstagsrede vom 19. Juli 1940[4]). Dadurch und aus revisionistisch-nationalem Eigeninteresse ließen sich Finnland und Rumänien zur aktiven Kriegsteilnahme auf deutscher Seite verpflichten. Hinweise auf sowjetisches Vorgehen im Baltikum bestärkten weitere Balkanstaaten wie Bulgarien, die im Protokoll explizit gar nicht erwähnt wurden, in ihrer Anlehnung an Berlin. Insgesamt wuchs dadurch die Kenntnis über den Pakt.

3 Jan Lipinsky, Das Geheime Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 und seine Entstehungs- und Rezeptionsgeschichte von 1939 bis 1999, Frankfurt a. M. 2004. Hier finden sich auch zahlreiche weitere Belege zu zeitgenössischem und historiographischem Umgang mit Vertrag und Protokoll.

4 Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen. Bd. II: Untergang 1939-1945, Neustadt a. d. A. 1963, S. 1556.

Deshalb muss eine Rezeptionsgeschichte bereits 1939 einsetzen und wird im Detail untersuchen, welcher Kenntnisstand möglich bzw. nach 1945 wegen sowjetkommunistischer Vorgaben erlaubt war. Diese Untersuchung soll sich an den einzelnen Staaten orientieren und dabei für die Jahre vor und nach Kriegsende vergleichend erfolgen, um begründete Aussagen über den unterschiedlichen Umgang mit dem Hitler-Stalin-Pakt zu erlauben.

Bereits der veröffentlichte Nichtangriffspakt ließ nichts Gutes ahnen. Denn die deutsch-sowjetische Einigung beendete die Gegnerschaft der Verlierer des Ersten Weltkriegs und beraubte die Außenpolitik der größtenteils nach dem Krieg auf russische Kosten neu entstandenen Staaten, die zwischen Berlin und Moskau einen *Cordon sanitaire* bildeten, ihrer bisher unverrückbaren Stütze. Zwangsläufig sahen sie sich in ihrer Handlungsfähigkeit erheblich und plötzlich eingeschränkt. Ihre Befürchtungen wurden durch Gerüchte über bereits existierende Geheimabsprachen sowie wegen der folgenden territorialpolitischen Veränderungen bestärkt. Sie traten in Polen kaum zutage, blieben in Rumänien verhalten, fielen dagegen in Finnland, Litauen, Estland und Lettland umso deutlicher ins Auge.

Diplomatisches Umfeld und unmittelbare Folgen des Pakts in Ostmitteleuropa (1939-1945)

Polen. Geprägt von der am 23. August 1939 gescheiterten außenpolitischen Doktrin eines unversöhnlichen deutsch-sowjetischen Gegensatzes – und vielleicht auch abgestumpft durch die zahlreichen Teilungsgerüchte der zurückliegenden Monate – zeigte nur das offizielle Polen als betroffener Staat selbst nach der Paktunterzeichnung kaum Besorgnis. Es versuchte deren Bedeutung herunterzuspielen und wollte sich von einem neuen »München« nicht einschüchtern lassen. Von der Geheimklausel, damit von der theoretisch bereits besiegelten »vierten Teilung«, schien Warschau nichts gewusst zu haben[5] oder zumindest von deren Polen betreffendem Inhalt trotz entsprechender Hinweise[6] nichts wissen zu wollen.

5 Henryk Batowski, Sytuacja międzynarodowa Polski 1938-1939 między konferencją monachijską a wybuchem wojny, in: Michał Pułaski (Hg.), Polska, Niemcy, Europa w 1939 roku. Materiały z sesji zorganizowanej w Uniwersytecie Jagiellońskim 14 grudnia 1989r. z okazji 50 rocznicy wybuchu II wojny światowej, Kraków 1991, S. 17-29, hier S. 26.

6 Wacław Jędrzejewicz (Hg.), Papers and memoirs of Juliusz Łukaziewicz. Ambassador of Poland. Diplomat in Paris 1936-1939, New York/London 1970, S. 259.

Die gezielte, einschläfernde Desinformation Moskaus,[7] die westliche Regierungen noch verstärkten, unterstützte diesen Kurs. Ein Nachgeben Polens sollte verhindert und zugleich der Krieg möglich gemacht werden. Warschau bemühte sich allerdings, die antijapanische Komponente des Vertrags zu betonen, um Unterstützung durch Tokio zu erhalten. Die polnische Exilregierung in London schien schließlich die Existenz zusätzlicher Vereinbarungen zu vermuten, ohne sie allerdings genauer zu kennen. Da Großbritannien auf die Unterzeichnung des polnisch-sowjetischen Vertrags drängte, war eine detailliert-kritische exilpolnische Darstellung[8] des Stalin belastenden Zusatzprotokolls unerwünscht. Erst Bronisław Kusnierz, Justizminister in der polnischen Exilregierung, argumentierte später gegen die sowjetische Teilnahme am Nürnberger Prozess, indem er explizit auf das Zusatzprotokoll verwies.[9]

Finnland. Am realistischsten, konsequentesten und frühesten scheinen die Finnen aus der Beobachtung der Moskauer Dreierverhandlungen heraus, deutsch-sowjetische Besprechungen und konkrete zusätzliche Geheimabsprachen gefürchtet zu haben. Durch den Pakt wider Willen in die Position eines baltischen Staats gedrängt, sah Finnland sich auch vor die baltische Alternative gestellt. Statt nordischer Neutralität oder eines Bündnisses mit Schweden blieb nur die »Wahl« zwischen Deutschland und der Sowjetunion.[10] Außenminister Juha Eljas Erkko erkannte geheime Abmachungen als deutsches Entgelt für den Nichtangriffspakt[11] und wurde darin durch die finnischen Botschafter in London und Berlin bestärkt. Strittig war allein, ob Stalin ganz Finnland oder nur den südlichen Teil besetzen dürfe. Berlin versuchte durch Dementis und Falschmeldungen (ähnlich wie gegenüber Estland) u. a. aus wirtschaftlichem Interesse die Enttäuschung der traditionell deutschfreundlichen Finnen möglichst lange in Grenzen zu halten. Trotz des Wissens um die Aussichtslosigkeit blieb Helsinki angesichts der konkreten sowjetischen Bedrohung nur die Wendung nach Berlin. Die im Friedensschluss vom 12. März 1940 erzwungenen Gebietsabtretungen ließen Finnland als revisionistischen Verbündeten auf die Seite Hitlers rücken, welcher sich seinerseits an die Geheimabmachung vom August 1939 in gewandelter gesamtpolitischer

7 Dokumenty Vnešnej Politiki, T. XXII. Kn. 2: 1 sentjabrja – 31 dekabrja 1939g., Moskva 1992, Anm. 117, S. 546.

8 Vgl. Jerzy Łojek, Agresja 17. września 1939. Studium aspektów politycznych, Warszawa [3]1990, S. 36 bzw. Anm. 31, S. 170 f.

9 Bronislaw Kusnierz, Stalin and the Poles. An indictment of the Soviet leaders, London 1949, S. 37 f.

10 Vgl. Seppo Myllyniemi, Die baltische Krise 1938-1941, Stuttgart 1979, S. 156.

11 ADAP, D, VII, 1956, Nr. 276, S. 242 bzw. Nr. 339, S. 287.

Lage immer weniger gebunden fühlte. Die Finnen waren zwar überzeugt, dass Berlin wegen der Moskauer Abmachungen »letzten Endes die Verantwortung für den finnisch-russischen Krieg trägt«[12], mussten aber aus Staatsräson angesichts Stalins Expansion ins Baltikum und Bessarabien bemüht bleiben, aufkeimende deutsch-sowjetische Spannungen rechtzeitig zu nutzen. Mit ihrem Angriff auf die Sowjetunion gaben die Deutschen ihre bisher ansatzweise noch gewahrte verbale Zurückhaltung auf und betonten nun offen sowjetischen Expansionswillen und mangelnde Moskauer Vertragstreue, ohne dadurch den bereits sehr guten finnischen Kenntnisstand noch zu erweitern.

Auch 1945 konnte Helsinki zwar eine gewisse Eigenständigkeit wahren, musste aber auf sowjetischen Wunsch einen Kriegsverbrecherprozess organisieren. Dabei kamen die von Stalin nun möglichst tabuisierten deutsch-sowjetischen Geheimabkommen u. a. durch Staatspräsident Risto Heikki Ryti Mitte Dezember zur Sprache.[13] Die Dokumentation des Prozesses durch Hjalmar John Procopé durfte deshalb in Finnland anfangs nicht erscheinen. Erst der Abzug der alliierten Kontrollkommission ermöglichte 1947 eine freiere Diskussion über das Protokoll. Das »Handbuch der finnischen Geschichte« veröffentlichte 1949 einen ersten Bericht über dessen Inhalt. Der Historiker Risto Peltovuori sammelte schließlich 1975 erstmals ausführlich die Gerüchte, die schon früh über deutsch-sowjetische Absprachen existierten.[14] Die relative Freiheit in Finnland nutzten sowjetische Wissenschaftler noch Anfang 1989, um in Interviews mit der finnischen Presse Fakten und Argumentationen zu benennen, die daheim verboten waren.[15]

Baltikum. Den Pakt zwischen Berlin und Moskau begrüßten die Politiker im Baltikum zuerst mit einer gewissen, allerdings nicht sorgenfreien Erleichterung, da die drohende Kriegsgefahr gebannt schien.[16] Esten, Letten und Litauer nahmen allerdings Befürchtungen über zusätzliche Abkommen ernster als ihre polnischen Zeitgenossen. Trotz weitgehender Kenntnis des Inhalts des Zusatzprotokolls in Lettland und Litauen kam es wegen der baltischen Uneinigkeit zu keiner gemeinsamen Reaktion oder gar zu Konsultationen mit Finnland, Polen und Rumänien,

12 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA), R 105888; PA, NL W. Blücher, Finnisches Tagebuch IV, S. 723; ebenda, S. 813 f.

13 Hjalmar J. Procopé, Sowjetjustiz über Finnland. Prozeßakten aus dem Verfahren gegen die Kriegsverantwortlichen in Finnland, Zürich 1947, S. 118 f.

14 Briefliche Mitteilung Kalervo Hovis im Besitz des Verfassers.

15 Erwin Oberländer (Hg.), Hitler-Stalin-Pakt, Anm. 9, S. 147.

16 Jürgen von Hehn, Die Umsiedlung der baltischen Deutschen – das letzte Kapitel baltischdeutscher Geschichte, Marburg a. d. L. 1982, S. 76.

wie der neuen Lage zu begegnen sei. Wegen historischer Differenzen zwischen Polen und Litauen, der aktuell unterschiedlichen außenpolitischen Orientierung Estlands und Finnlands eher nach Skandinavien, Litauens nach Deutschland sowie Polens und Rumäniens wunschgemäß nach England überwog insgesamt gegenseitiges Misstrauen. Jeder Staat schien zu hoffen, dass es ihn nicht oder möglichst spät treffen werde. Im Einzelnen waren dabei Zeitpunkt und Ausmaß der Informationen über die deutsch-sowjetische Geheimabmachung sowie die daraus gezogenen Konsequenzen durchaus unterschiedlich. Die Stimmung in Estland wechselte von Hoffen zu Bangen, Lettland sah sich augenscheinlich an Stalin ausgeliefert, Litauen schwankte trotz wachsenden Wissens zwischen Berlin und Moskau. Eine gemeinsame baltische Reaktion hat es als Bündelung schwacher Einzelkräfte verständlicher-, aber auch misslicherweise damals nicht und erst seit Ende der 1970er Jahre gegeben.

Eine wesentliche Informationsquelle über den Pakt und zugleich ein zeitgenössischer Gradmesser für dessen Interpretation bildeten die Deutschen im Baltikum. Durch den Kontakt zu Heinrich Himmler und Bruno Peter Kleist erhielt diese Volksgruppe konkrete Informationen über das Zusatzprotokoll. Anders als in Lettland, wo allein der ehemalige Präsident der Volksgemeinschaft, Wilhelm von Rüdiger, im kleinen Kreis darüber sprach, diskutierte in Estland der engere Führungskreis der Volksgruppe nun »verhältnismäßig offen«[17] intern und auch mit der estnischen Regierung die drohende sowjetische Gefahr. Dieser Unterschied im Umgang mit den bedrohlichen Meldungen aus dem Reich könnte damit zusammenhängen, dass Hitler im Gegensatz zu Lettland anscheinend von vornherein den gesamten estnischen Staat preisgegeben hatte.

Estland. Sehr früh (und damit ähnlich wie Finnland) sahen estnische Diplomaten, Militärs und Journalisten die Gefahr einer Preisgabe des Baltikums an Moskau voraus. Erstaunlich genaue Informationen erreichten Estland aus London und Paris und zwangen Berlin zu Dementis bzw. Falschmeldungen. Das estnische Außenministerium schien jedoch, gefolgt von der Presse, diesen Meldungen nach anfänglicher Besorgnis zumindest offiziell keine Beachtung mehr schenken zu wollen. Moskau bestärkte diese Entwicklung (ähnlich wie gegenüber Polen), indem es Gerüchte streute, die baltische Unabhängigkeit werde gewahrt. Erst Ende September 1939 erklärte Wjatscheslaw M. Molotow Außenminister Karl Selter,[18] dass Berlin den sowjetischen Forderungen zustimmen werde,

17 Ebd., S. 94.

18 A. Varma, Läbirääkimised Moskvas ja Tallinnas, in: Eesti riik ja rahvas teises maailmasojas II, Stockholm 1955, S. 56-76, hier S. 59 bzw. 62.

ohne ihn allerdings wie die Letten und Litauer genauer in den Inhalt der Geheimabkommen einzuweihen. Berlin lehnte jegliche Hilfeleistung ab; Hitler kündigte stattdessen in seiner Reichstagsrede vom 6. Oktober 1939 die Umsiedlung der Deutschen aus dem Baltikum an. Von der estnischen Staats- und Regierungsspitze gesammelte Informationen konnten nach 1940 kaum mehr verbreitet werden, da die »meisten über dieses Abkommen informierten estnischen Amtspersonen liquidiert«[19] worden waren. Dennoch blieben zahlreiche Esten überzeugt, dass Hitler ihre Heimat Stalin im Pakt überlassen hatte.

> »Wenn später Deutschland Estland mit Waffengewalt von den Bolschewiken wieder erobert hätte, so sei dies nichts anderes, als eine Wiedereinsetzung in den früheren Stand, wofür die Esten den Deutschen keinen Dank schulden.«[20]

Lettland. Anders als sein estnischer Kollege erfuhr der lettische Außenminister Vilhelms Munters durch seinen Gesandten Edgars Kreewinsch schon Anfang August aus Berliner Kreisen um Rudolf Heß bzw. Ernst Freiherr von Weizsäcker von Gerüchten einer bevorstehenden Teilung Polens und des Baltikums.[21] Informationen aus Paris bestätigten dies nach der Paktunterzeichnung.[22] Kreewinsch kannte dank guter Kontakte ins Auswärtige Amt gemeinsam mit seinem litauischen Kollegen Kazys Škirpa schon am 24. August[23] die Interessensphärenteilung im Baltikum und sah sogar den Protokolltext.[24] Dennoch hielt sich die Regierung Kārlis Ulmanis offiziell mit Informationen zurück, um Panik in der Bevölkerung zu vermeiden. Auch war die Bedeutung des im Zusatzprotokoll gebrauchten Begriffs »Interessensphäre« offensichtlich und damit auch das Ausmaß, in dem Moskau tatsächlich seine Herrschaft oktroyieren werde,

19 Heiki Ahonen, Wie sieht man den Molotow-Ribbentrop-Pakt in Estland? In: Johannes Vollmer/Tilman Zülch (Hg.), Aufstand der Opfer. Verratene Völker zwischen Hitler und Stalin, Göttingen/Wien 1989, S. 28-30, hier S. 28.

20 PA, NL Blücher, W., [Finnisches] Tagebuch VII, S. 2362.

21 Archiv Vnešnej Politiki Rossijskoj Federacii, f.06, op.1, p.12, d.119a, l.19.

22 Jürgen von Hehn (Bearb.), Alfred Intelmann. Aufzeichnungen über das letzte Arbeitsjahr der deutsch-baltischen Volksgruppe in Lettland und ihre Umsiedlung, Essen 1984, S. 86.

23 Edgars Kreewinsch, Vinas dienas, atminas, apcerejumi un laika biedru suminajumi, Melbourne 1966, S. 209 f. bzw. S. 214, Anm. 3.

24 Hamilkar Baron Foelkersahm, Rezension von Edgars Kreewinsch, Die Erinnerungen eines lettischen Diplomaten. In jenen Tagen. Erinnerungen, Abhandlungen und Würdigungen von Zeitgenossen, in: Baltische Hefte 13 (1967), S. 325-331, hier S. 329.

zunächst nicht klar. Munters erfuhr schließlich am 2. Oktober[25] von Stalin und Molotow, Moskau habe in Übereinkunft mit Deutschland die genaue Grenze im Baltikum bestimmt und könne Lettland besetzen. Riga erkannte die enorme Bedeutung dieser Aussagen und leitete sie deshalb den wichtigsten lettischen Auslandsvertretungen zu. Alfred Bilmanis konnte sie daher fünf Jahre später von den USA aus in einem Dokumentenband publizieren, als seine Heimat bereits sowjetisch besetzt war. Die Letten verschickten die Publikation nicht nur an Bibliotheken, sondern auch an führende amerikanische Parlamentarier. Aus Rücksichtnahme auf den sowjetischen Alliierten im Kampf gegen Hitler fand sie jedoch erst seit 1953 im Kalten Krieg bei den Untersuchungen des US-Kongresses zur baltischen Annexion größere Beachtung.

Litauen. Anders als Estland und Lettland war sich das an Ostpreußen grenzende Litauen trotz ebenfalls sehr genauer Informationen nicht sicher, welcher der beiden Flügelmächte es zugefallen war. Kaunas bemühte sich zudem wegen der gleichzeitigen Bedrohung durch das Dritte Reich (Memelgebiet) und Polen (Wilna) als Ausgleich um gute Beziehungen zur Sowjetunion. Es erhoffte sich anfangs durch den Pakt eine Stärkung eigener Sicherheit auf Kosten Polens. Schon kurz nach der Unterzeichnung erhielt der litauische Gesandte Kazys Škirpa[26] in Berlin Informationen über das Zusatzprotokoll. Auch sein Kollege Ladas Natkjavičjus in Moskau vermutete zusätzliche Abkommen. Litauens Interesse am polnisch besetzten Wilna und der Wechsel Litauens im September 1939 aus der deutschen in die sowjetische Interessensphäre bis auf einen Grenzstreifen nahe Ostpreußen, an dem Berlin weiterhin festhielt, sowie die vergleichsweise späte Umsiedlung der Deutschen aus Litauen im Frühjahr 1941 machten es für die Regierung in Kaunas schwer, vorhandene Informationen zu nutzen bzw. ließen sie hoffen, noch eine wirkliche Wahl zwischen Berlin und Moskau zu besitzen. Statt selbst zu handeln, starrten die Litauer letztlich trotz und vielleicht sogar wegen genauer Protokollkenntnis gebannt wie ein Kaninchen auf zwei Schlangen. Molotow und Stalin informierten Außenminister Juozas Urbšys schließlich am 3. Oktober 1939 über die deutsche Zustimmung, dass Litauen »wie auch Lettland und Estland

25 Alfred Bilmanis (Hg), Latvian-Russian relations. Documents. (hg. von The Latvian Legation), Washington 1944, S. 193; Polpredy soobščajut … Sbornik dokumentov ob otnošenijach SSSR s Latviej, Litvoj i Ėstoniej avgust 1939g. – avgust 1940 g., Moskva 1990, Nr. 57, S. 76 f.

26 PA, R 29671, 193099 (025); vgl. Edgers Kreewinsch, Vinas dienas, S. 209 f., 214 f., Anm. 3.